

Leah Wetenkamp

IPR und Digitalisierung –
Braucht das internationale
Privatrecht ein Update?

Heft 161

April 2019

IPR und Digitalisierung

Braucht das internationale Privatrecht ein Update?

Von

Leah Wetenkamp

Institut für Wirtschaftsrecht
Forschungsstelle für Transnationales Wirtschaftsrecht
Juristische und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät
der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Leah Wetenkamp ist studentische Hilfskraft am Lehrstuhl für Bürgerliches Recht, Wirtschaftsrecht, Internationales Privatrecht und Rechtsvergleichung und seit 2015 Studentin der Rechtswissenschaft an der Juristischen und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg.

Christian Tietje/Gerhard Kraft/Christoph Kumpan (Hrsg.), Beiträge zum Transnationalen Wirtschaftsrecht, Heft 161

Bibliografische Information der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet unter <http://www.dnb.ddb.de> abrufbar.

ISSN 1612-1368 (print)

ISSN 1868-1778 (elektr.)

ISBN 978-3-86829-992-2 (print)

ISBN 978-3-86829-993-9 (elektr.)



Schutzgebühr Euro 5

Die Hefte der Schriftenreihe „Beiträge zum Transnationalen Wirtschaftsrecht“ finden sich zum Download auf der Website des Instituts bzw. der Forschungsstelle für Transnationales Wirtschaftsrecht unter den Adressen:

<http://institut.wirtschaftsrecht.uni-halle.de/de/node/23>

<http://telc.jura.uni-halle.de/de/node/23>

Institut für Wirtschaftsrecht
Forschungsstelle für Transnationales Wirtschaftsrecht
Juristische und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät
Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
Universitätsplatz 5
D-06099 Halle (Saale)
Tel.: 0345-55-23149 / -55-23180
Fax: 0345-55-27201
E-Mail: ecohal@jura.uni-halle.de

INHALTSVERZEICHNIS

A. Einleitung	5
B. Digitalisierung	6
I. Dritte industrielle Revolution.....	6
II. Vierte Revolution	6
1. Cyber-physische Systeme	7
a) Künstliche Intelligenz	7
b) Geschichte und Relevanz	8
2. Aktueller Stand.....	10
C. KI im IPR am Beispiel von Dienstleistungsverträgen	11
I. Dienstleistungsverträge i. S. d. Rom I-VO	11
II. Kollisionsregelung	12
1. Artikel 3 Rom I-VO.....	12
a) Artikel 3 Abs. 5 Rom I-VO	13
b) Wirkungsland	14
c) Gewöhnlicher Aufenthaltsort.....	15
(1) Gewöhnlicher Aufenthalt der KI	16
(a) Rückgriff auf natürliche/juristische Person	16
(b) Artikel 19 Abs. 1 Alt. 1 Rom I-VO.....	16
(c) Analoge Anwendung Artikel 19 Abs. 1 Alt. 1 Rom I-VO ...	17
(2) Zwischenergebnis	19
2. Artikel 4 Rom I-VO.....	20
D. Weitere Schnittstellen	21
I. Abstellen auf gewöhnlichen Aufenthalt	21
II. Abstellen auf den Handlungsort	23
III. Abstellen auf andere Anknüpfungspunkte.....	23
1. Schutzwürdige Partei.....	23
a) Rom I-Verordnung.....	23
b) Rom II-Verordnung	24
2. Erfolgsort	25
3. Rechtsverhältnis	25
4. Sonstige Anknüpfungspunkte	26
E. Schlussbetrachtung	26
Schrifttum	27

A. Einleitung

In den letzten Jahrzehnten ist die Digitalisierung stetig fortgeschritten, sodass heute nahezu jeder Haushalt in der europäischen Union einen Computer hat.¹ Allein in Deutschland verwendeten 2018 57 Millionen Menschen ein Smartphone.² Im selben Jahr nutzte schätzungsweise die Hälfte der Weltbevölkerung das Internet.³ Privat kommunizieren wir über das Internet oder nutzen es zu Recherche-, Unterhaltungs-, aber auch für geschäftliche Zwecke.⁴ Daraus wird deutlich, dass die Digitalisierung Einzug in all unsere Lebensbereiche gefunden hat.⁵ Gerade in der Geschäftswelt führt die Digitalisierung dazu, dass zum Beispiel der Großteil der Deutschen seine Waren und Dienstleistungen online bezieht.⁶ Dabei kommt es nicht nur mit heimischen Anbietern zum Vertragsabschluss, vielmehr werden immer mehr grenzüberschreitende Verträge geschlossen.⁷ Das führte schon im 20. Jahrhundert zu einem Bedeutungsanstieg des internationalen Privatrechts.⁸ Dieser Umstand lässt sich mit dem Zweck des internationalen Privatrechts begründen. Dieses wurde eigens dazu konstruiert, um Sachverhalte mit Auslandsberührung zu lösen, indem es die anzuwendende Rechtsordnung bestimmt.⁹ Die Digitalisierung ist jedoch noch nicht beendet, sondern entwickelt sich in immer neue Richtungen fort.¹⁰ Mit der damit verbundenen Zunahme an grenzüberschreitenden Konflikten wächst also in gleicherweise die Notwendigkeit des internationalen Privatrechts. Daher drängt sich die Frage auf, ob das IPR ein Update braucht. Zur Beurteilung dieser Fragestellung soll zunächst näher auf den Digitalisierungsbegriff

¹ Vgl. Statistik der EU über Computer in Haushalten, erhältlich im Internet: <<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/20140/umfrage/anteil-der-haushalte-mit-pc-in-ausgewahlten-laendern/>> (besucht am: 12. Januar 2019).

² Vgl. Smartphone-Markt: Konjunktur und Trends vom 22. Februar 2018, erhältlich im Internet: <<https://www.bitkom.org/sites/default/files/file/import/Bitkom-Präsekonferenz-Smartphone-Markt-22-02-2018-Präsentation-final.pdf>> (besucht am: 12. Januar 2019).

³ Vgl. Anzahl der Internetnutzer weltweit in den Jahren 2005 bis 2017 sowie eine Schätzung für das Jahr 2018 (in Millionen) vom Dezember 2018, erhältlich im Internet: <<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/805920/umfrage/anzahl-der-internetnutzer-weltweit/>> (besucht am: 12. Januar 2019).

⁴ Ersichtlich aus: Digitale Nutzung in Deutschland 2018 vom 2. Februar 2018, 20, erhältlich im Internet: <https://www.bvdw.org/fileadmin/user_upload/BVDW_Marktforschung_Digitale_Nutzung_in_Deutschland_2018.pdf> (besucht am: 12. Februar 2019).

⁵ Ersichtlich aus Digitale Nutzung in Deutschland 2018 vom 2. Februar 2018, 20, erhältlich im Internet: <https://www.bvdw.org/fileadmin/user_upload/BVDW_Marktforschung_Digitale_Nutzung_in_Deutschland_2018.pdf> (besucht am: 12. Februar 2019); so auch: *Heuermann/Engel/v. Lucke*, in: *Heuermann/Tomenendal/Bressen* (Hrsg), *Digitalisierung in Bund, Ländern und Gemeinden*, 11; *Hanschke*, *Digitalisierung und Industrie* 4.0, 1.

⁶ Vgl. Pressemitteilung Nr. 427 vom statistischen Bundesamt vom 5. November 2018, erhältlich im Internet: <https://www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressemitteilungen/2018/11/PD18_427_634.html> (besucht am: 12. Januar 2019).

⁷ Vgl. *Kollmann/Schmidt*, *Deutschland* 4.0, 64 f.

⁸ *Von Hoffmann/Thorn*, IPR, §1, Rn. 1.

⁹ Art. 3 Abs. 1 S. 1 EGBGB; *Hohloch*, in: *Erman* (Hrsg), *BGB-Kommentar*, Einleitung vor Art. 3 EGBGB Rn. 1; *Kegel/Schurig*, IPR, § 1, III.; *Sturm, F./Sturm, G.*, in: *Staudinger*, *BGB-Kommentar*, I., Rn. 1; *von Hoffmann/Thorn*, IPR, § 1, Rn. 3-4.

¹⁰ Vgl. *Kollmann/Schmidt*, *Deutschland* 4.0, 44 ff.; *Wagner*, *Industrie* 4.0, 5 f.

eingegangen und der aktuelle Stand beleuchtet werden (B). Davon ausgehend wird die aktuelle Problematik der Digitalisierung in Form von künstlicher Intelligenz im IPR am Beispiel eines Dienstleistungsvertrages erörtert (C), aber auch andere Schnittstellen von künstlicher Intelligenz und dem IPR werden betrachtet (D), um zu einem Ergebnis (E) zu kommen.

B. Digitalisierung

Was verbirgt sich also hinter der „Digitalisierung“?

I. Dritte industrielle Revolution

Grundlegend versteht man darunter die Übertragung analoger Daten in digitale.¹¹ Dieser bis heute andauernde Prozess der Übertragung begann nach 1970 mit der Weiterentwicklung der Elektronik.¹² Nach einem zunächst schleichenden Beginn, führte die freie Zugänglichkeit der Computer in den neunziger Jahren zu einer Beschleunigung der Digitalisierung, die als „digitale Revolution“ bezeichnet wird und vor allem durch die Automatisierung der Geschäftsvorgänge eine dritte industrielle Revolution bewirkte.¹³

II. Vierte Revolution

Darauf aufbauend führte das, ab ca. 1990, für jedermann verfügbare Internet zu einer weitreichenden Vernetzung der Geschäfts-, aber auch der Privatwelt mit- und untereinander.¹⁴ Das löste eine vierte industrielle Revolution aus, die im Rahmen der Geschäftswelt „Industrie 4.0“ genannt wird.¹⁵ Entscheidend für diesen Vorgang sind, vor allem zukünftig, cyber-physische Systeme.¹⁶ Die Digitalisierung im Sinne der „Industrie

¹¹ Zum Teil: Gabler Wirtschaftslexikon, Stichwort: „Digitalisierung“, erhältlich im Internet: <<https://wirtschaftslexikon.gabler.de/definition/digitalisierung-54195>> (besucht am: 11. Dezember 2018); *Hanschke*, Digitalisierung und Industrie 4.0, 3.

¹² *Wagner*, Industrie 4.0, 4; so auch: *Kollmann/Schmidt*, Deutschland 4.0, 43; den Beginn nach Ende des 2. Weltkrieges annehmend: *Heuermann/Engell v. Lucke*, in: Heuermann/Tomenendal/Bressem (Hrsg), Digitalisierung in Bund, Ländern und Gemeinden, 9 f.

¹³ Anderer Teil von: Gabler Wirtschaftslexikon, Stichwort: „Digitalisierung“, erhältlich im Internet: <<https://wirtschaftslexikon.gabler.de/definition/digitalisierung-54195>> (besucht am: 11. Dezember 2018); *Heuermann/Engell v. Lucke*, in: Heuermann/Tomenendal/Bressem (Hrsg), Digitalisierung in Bund, Ländern und Gemeinden, 9 f.; *Kollmann/Schmidt*, Deutschland 4.0, 43; so auch: *Bauernhansl*, in: Vogel-Heuser/Bauernhansl/ten Hompel (Hrsg), HdB Industrie 4.0, 3.

¹⁴ *Hanschke*, Digitalisierung und Industrie 4.0, 3; *Heuermann/Engell v. Lucke*, in: Heuermann/Tomenendal/Bressem (Hrsg), Digitalisierung in Bund, Ländern und Gemeinden, 10 f.; *Wagner*, Industrie 4.0, 4; so auch: *Kollmann/Schmidt*, Deutschland 4.0, 2, 43.

¹⁵ Vgl. *Heuermann/Engell v. Lucke*, in: Heuermann/Tomenendal/Bressem (Hrsg), Digitalisierung in Bund, Ländern und Gemeinden, 10 f.; *Wagner*, Industrie 4.0, 3.

¹⁶ *Burger/Lang/Müller*, in: Andelfinger/Hänisch (Hrsg), Industrie 4.0, 60 f.; *Wagner*, Industrie 4.0, 4 f.

4.0“ beschränkt sich nicht nur auf diese, sondern durchdringt alle Bereiche unseres Lebens.¹⁷

1. Cyber-physische Systeme

Aus der bisherigen Analyse ergibt sich, dass die möglichen Probleme von Digitalisierung und dem internationalen Privatrecht durch die sogenannten cyber-physischen Systeme hervorgerufen werden könnten. Daher ist zunächst zu erläutern, was unter diesem Terminus zu verstehen ist. Im Grunde fungiert er als Oberbegriff für bestimmte Gegenstände oder ähnliches¹⁸, die durch integrierte Systeme¹⁹ über das Internet miteinander und mit dem Nutzer kommunizieren.²⁰ Durch den Internetzugang ist es den Systemen möglich ihre Umgebung zu analysieren, dadurch auf diese zu reagieren, um Probleme zu lösen, und sich selbst gegebenenfalls zu optimieren.²¹ Eine wichtige Voraussetzung für cyber-physische Systeme ist die künstliche Intelligenz.²²

a) Künstliche Intelligenz

Bisher gibt es keine einheitliche Definition des Ausdrucks „künstliche Intelligenz“.²³ Die Antragsteller²⁴ der namensgebenden Dartmouth Conference von 1956 normierten als Ziel der künstlichen Intelligenz²⁵, dass sie eine Verhaltensähnlichkeit zu einem intelligenten Menschen aufweist.²⁶ Als Antwort auf die Frage, ob Maschinen denken können,²⁷ entwickelte *Alan Turing*, schon vor der Geburtsstunde der KI, den Turing-Test,

¹⁷ *Hanschke*, Digitalisierung und Industrie 4.0, 1; *Heuermann/Engell v. Lucke*, in: Heuermann/Tomenendal/Bressem (Hrsg), Digitalisierung in Bund, Ländern und Gemeinden, 11; *Wolff/Strohschen*, Digitalisierung, Informatik-Spektrum 2018, 56, 63.

¹⁸ Dazu nähergehend: *Bauernhansl*, in: Vogel-Heuser/Bauernhansl/ten Hompel, HdB Industrie 4.0, 11.

¹⁹ Sogenannte Radio-Frequency-Identification (RFID)-Chips, *Burger/Lang/Müller*, in: Andelfinger/Hänisch (Hrsg), Industrie 4.0, 60.

²⁰ *Bauernhansl*, in: Vogel-Heuser/Bauernhansl/ten Hompel, HdB Industrie 4.0, 11 f.; *Burger/Lang/Müller*, in: Andelfinger/Hänisch (Hrsg), Industrie 4.0, 60.

²¹ *Bauernhansl*, in: Vogel-Heuser/Bauernhansl/ten Hompel, HdB Industrie 4.0, 12.

²² *Burger/Lang/Müller*, in: Andelfinger/Hänisch (Hrsg), Industrie 4.0, 60 f.; *Bauernhansl*, in: Vogel-Heuser/Bauernhansl/ten Hompel, HdB Industrie 4.0, 13; *Deckert*, Digitalisierung und Industrie 4.0, 17 f.

²³ *Ertel*, Grundkurs Künstliche Intelligenz, 1; *Görz/Schmid/Wachsmuth*, in: Görz/Schneeberger/Schmid (Hrsg), HdB der künstlichen Intelligenz, 1; *Kaplan*, Künstliche Intelligenz, 15; *Mainzer*, Künstliche Intelligenz, 2.

²⁴ *Shannon/Minsky/Rochester/McCarthy*; vgl. A Proposal for the Dartmouth Summer Research Project on Artificial Intelligence vom 31. August 1955, erhältlich im Internet: <<http://www-formal.stanford.edu/jmc/history/dartmouth.pdf>> (besucht am: 12. Dezember 2018).

²⁵ Nachfolgend zum Teil als KI aufgeführt.

²⁶ Aus dem Englischen (dort: „Artificial Intelligence“) übersetzt; vgl. *Shannon/Minsky/Rochester/McCarthy*, A Proposal for the Dartmouth Summer Research Project on Artificial Intelligence vom 31. August 1955; *Dotzler*, in: Engemann/Sudmann (Hrsg), Machine Learning, 42.

²⁷ Erstmalige Erwähnung auf einem Symposium in Manchester, vgl. *Konrad*, in: Seifkes/Eulenhöfer/Stach/Städtler (Hrsg), Sozialgeschichte der Informatik, 287; spätere Veröffentlichung in: *Turing*, Mind 1950, Vol. LIX, Issue 236, 433.

der als Anhaltspunkt für maschinelle Intelligenz dient.²⁸ Nach dem Test ist eine Person A in einem Raum mit zwei Computern, hinter dem sich zum einen eine andere Person B und zum anderen eine Maschine befinden. Durch Fragen soll Person A nach fünf Minuten herausfinden hinter welchem Terminal die Maschine ist. Liegt A dabei zumindest bei 30 Prozent der Durchgänge falsch, ist die Maschine als intelligent anzusehen.²⁹ Andere knüpfen für die Annahme der Intelligenz an die Fähigkeit der KI, Probleme zu lösen, die anhand der dabei gezeigten Effektivität und Autonomie der KI, sowie der Schwere der Aufgabe, bemessen wird.³⁰

Der Rückgriff auf die Intelligenz, der aus der misslungenen Übersetzung des englischen Begriffs „artificial intelligence“ herrührt,³¹ oder der Vergleich zur menschlichen Intelligenz³² für die Definition der künstlichen Intelligenz scheitert jedoch an der weitgefächerten Interpretationsmöglichkeit von Intelligenz.³³ Daher wird auch auf die Imitation menschlicher Heuristik durch den Computer abgestellt.³⁴ Aufgrund der Vielzahl an unterschiedlichen Definitionen erscheint es jedoch am sinnvollsten auf die wesentlichen Eigenschaften der KI zurückzugreifen. Dazu zählen die, möglichst, autonome und effiziente Problembewältigung, die Möglichkeit sich zu optimieren und seine Umgebung wahrzunehmen und dadurch auf sie eingehen zu können.³⁵ Dies geschieht insbesondere durch ihre Fähigkeit des maschinellen Lernens, dem darin inkludierten „Deep Learning“, der Mustererkennung, den in ihnen inbegriffenen Expertensystemen und dem maschinellen Planen und Handeln.³⁶

b) Geschichte und Relevanz

Um die Relevanz der KI für die Problemstellung herauszustellen ist es wichtig, sich ihre Entwicklung bis heute anzuschauen. Wie bereits erläutert, gilt 1956 als Geburtsstunde der KI, auch wenn schon vorher wichtige Gedanken dazu angestellt wurden.³⁷ Zu Beginn lag der Schwerpunkt der Forschung darin, aufzuzeigen, dass Maschinen

²⁸ Vgl. *Turing*, *Mind* 1950, Vol. LIX, Issue 236, 433 ff.

²⁹ Vgl. *Ibid.*, 433 f., 441 ff.; *Ertel*, *Grundkurs Künstliche Intelligenz*, 4.

³⁰ *Mainzer*, *Künstliche Intelligenz*, 3; ebenfalls die Autonomie als Anhaltspunkt: EU-Kommission, vgl. *Europäische Kommission*, *Künstliche Intelligenz für Europa*, Ratsdok. 8507/18, KOM (2018) 237 endg., 1, erhältlich im Internet: <<http://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-8507-2018-INIT/de/pdf>> (besucht am 4. April 2019) und BReg D, vgl. BT-Drs 19/1982, 2.

³¹ *Görz/Schmid/Wachsmuth*, in: *Görz/Schneeberger/Schmid* (Hrsg), *HdB der künstlichen Intelligenz*, 2; so auch: *Herberger*, *NJW* 2018, 2825 f.; so auch: *Lämmel/Cleve*, *Künstliche Intelligenz*, 11.

³² So auch: BReg D, vgl. BT-Drs 19/1982, 2.

³³ *Kaplan*, *Künstliche Intelligenz*, 16; *Ertel*, *Grundkurs Künstliche Intelligenz*, 2; so auch: *Herberger*, *NJW* 2018, 2826 f.

³⁴ *Lämmel/Cleve*, *Künstliche Intelligenz*, 13.

³⁵ Vgl. EU-Kommission, vgl. Ratsdok. 8507/18, KOM (2018) 237 endg. 1; so auch: BReg D, BT-Drs 19/1982, 2.

³⁶ Vgl. BT-Drs. 19/1982, 3; *Stiemerling*, *CR* 2015, 763 ff.

³⁷ Vgl. *Dotzler*, in: *Engemann/Sudmann* (Hrsg), *Machine Learning*, 42; weitere Vordenker vgl. *Ertel*, *Grundkurs Künstliche Intelligenz*, 8 f.

menschliches Handeln imitieren können.³⁸ Dargelegt wurde dies anhand von Spielen, die die Maschinen erlernten und deren Ziel es war ihre Programmierer und letztendlich auch die Weltmeister in den jeweiligen Spielen zu schlagen.³⁹ Dieses Ziel sollte mittels allgemeiner Problemlösungsverfahren erreicht werden.⁴⁰ In den folgenden Jahren entstanden an den amerikanischen Universitäten Forschungsgruppen, denen es, insbesondere aufgrund der finanziellen Unterstützung durch das amerikanische Verteidigungsministerium, möglich war, die gewünschten Eigenschaften der KI, wie Analyse und Sprache, zu erforschen.⁴¹ Diese Zeit, beginnend Mitte der sechziger Jahre, folgte dem Ziel die Programmierung zu verbessern.⁴² Aufgrund der schlechten Resultate des allgemeinen Problemlösungsverfahrens wurde es in den Siebzigern durch die sogenannten Expertensysteme abgelöst.⁴³ Darunter versteht man Programme, die durch Experten spezielles Fachwissen erlangten, das sie nutzten, um möglichst erschwinglich für die breite Masse Lösungen in diesem Fachgebiet zu finden, wie zum Beispiel die Diagnose für einen Kranken.⁴⁴ Hieraus ergibt sich aber auch die Grenze der Expertensysteme: Im Gegensatz zum Menschen fehlt der KI das nötige Urteilsvermögen oder der Erfahrungsschatz eines langjährigen Experten, um zu der „richtigen“ Lösung zu gelangen.⁴⁵ Angesichts dieser Probleme und dem daraus folgenden fehlenden Erfolgseintritts der anfänglich in Aussicht gestellten Fortschritte⁴⁶ kam es Ende der siebziger, Anfang der achtziger Jahre zu einem Rückgang in der KI-Forschung, der heutzutage als AI- bzw. KI-Winter bezeichnet wird.⁴⁷ Daraus resultierte die Abkehr von der Symbolverarbeitung und die Zuwendung zu neuronalen Netzen als Lösungsansatz.⁴⁸ Dabei wird mit Hilfe eines Programms das menschliche Gehirn, genauer gesagt die Lernmöglichkeit über die Nutzung der durch Synapsen verbundenen Neuronen, die durch häufige Signalübertragung an

³⁸ Görz/Schmid/Wachsmuth, in: Görz/Schneeberger/Schmid (Hrsg), HdB der künstlichen Intelligenz, 5; so auch: Mainzer, Künstliche Intelligenz, 11.

³⁹ Vgl. Görz/Schmid/Wachsmuth, in: Görz/Schneeberger/Schmid (Hrsg), HdB der Künstlichen Intelligenz, 5; Kaplan, Künstliche Intelligenz, 32; Konrad, in: Seifkes/Eulenhöfer/Stach/Städler (Hrsg), Sozialgeschichte der Informatik, 287.

⁴⁰ Mainzer, Künstliche Intelligenz, 11; Görz/Schmid/Wachsmuth, in: Görz/Schneeberger/Schmid (Hrsg), HdB der Künstlichen Intelligenz 5; so auch: Kaplan, Künstliche Intelligenz, 32.

⁴¹ Kaplan, Künstliche Intelligenz, 33 f.; Görz/Schmid/Wachsmuth, in: Görz/Schneeberger/Schmid (Hrsg), HdB der Künstlichen Intelligenz, 5; zu den Sprachen: Ertel, Grundkurs künstliche Intelligenz, 9; anders in Deutschland; dazu Konrad, in: Seifkes/Eulenhöfer/Stach/Städler (Hrsg), Sozialgeschichte der Informatik, 288 f.

⁴² Mainzer, Künstliche Intelligenz, 12; so auch: Kaplan, Künstliche Intelligenz, 34.

⁴³ Görz/Schmid/Wachsmuth, in: Görz/Schneeberger/Schmid (Hrsg), HdB der künstlichen Intelligenz, 5; so auch: Mainzer, Künstliche Intelligenz, 12.

⁴⁴ Kaplan, Künstliche Intelligenz, 38; Mainzer, Künstliche Intelligenz, 12; Görz/Schmid/Wachsmuth, in: Görz/Schneeberger/Schmid (Hrsg), HdB der Künstlichen Intelligenz, 5.

⁴⁵ Mainzer, Künstliche Intelligenz, 12 f.

⁴⁶ Vgl. Konrad, in: Seifkes/Eulenhöfer/Stach/Städler (Hrsg), Sozialgeschichte der Informatik, 287.

⁴⁷ Patterson/Gibson, Deep Learning, 412; Görz/Schmid/Wachsmuth, in: Görz/Schneeberger/Schmid (Hrsg), HdB der Künstlichen Intelligenz, 5; Ertel, Grundkurs künstliche Intelligenz, 9; in Bezug auf Zweifel an der KI-Forschung: Konrad, in: Seifkes/Eulenhöfer/Stach/Städler (Hrsg), Sozialgeschichte der Informatik, 288.

⁴⁸ Ertel, Grundkurs künstliche Intelligenz, 10; Görz/Schmid/Wachsmuth, in: Görz/Schneeberger/Schmid (Hrsg), HdB der künstlichen Intelligenz, 5.

Bedeutung gewinnen, nachgestellt.⁴⁹ In den neunziger Jahren wurde dieser Problemlösungsansatz durch weitere Ansätze, wie der Verteiltheit⁵⁰, Multiagentensystemen⁵¹ und maschinelles Lernen⁵² ergänzt.⁵³ In den letzten 20 Jahren kam es zu immer mehr Fortschritten in der KI-Forschung. So haben KIs die amtierenden Weltmeister in vereinzeltten Spielen besiegt und damit die vor ca. 70 Jahren gefassten Ziele erfüllt.⁵⁴ Darüber hinaus fahren durch die KI seit 2015 autonom fahrende Autos auf den Straßen,⁵⁵ es gibt von ihr komponierte Musik⁵⁶ und erst 2018 wurde ein von einer KI erschaffenes Gemälde öffentlich versteigert.⁵⁷

2. Aktueller Stand

Zusammengefasst lässt sich sagen, dass eine immer weitergehende Vernetzung von Menschen und Maschine stattfindet. Entscheidend dafür ist der Einsatz von KIs, die uns schon in vielen Lebensbereichen begegnen, unterstützen oder ersetzen. Daraus folgt, dass Digitalisierung nach heutigem Stand die (zumindest teilweise) Ablösung der analog erbrachten durch digital erbrachte Leistung ist.⁵⁸

⁴⁹ Kaplan, Künstliche Intelligenz, 45; Ertel, Grundkurs künstliche Intelligenz, 265 ff.; weitere Ausführungen: Mallot/Hübner, in: Görz/Schneeberger/Schmid (Hrsg), HdB der Künstlichen Intelligenz, 357 ff.; Patterson/Gibson, Deep Learning, 41 ff.

⁵⁰ Dazu nähergehend bspw. Müller, in: Kirn/Weinhardt (Hrsg), Künstliche Intelligenz in der Finanzberatung, 157 ff.

⁵¹ Dazu nähergehend: Klügl, in: Görz/Schneeberger/Schmid (Hrsg), HdB der künstlichen Intelligenz, 527 ff.

⁵² Dazu nähergehend: Frochte, Maschinelles Lernen, 1 ff.; Ertel, Grundkurs künstliche Intelligenz, 191 ff.; Chollet, Deep Learning, 129 ff.

⁵³ Görz/Schmid/Wachsmuth, in: Görz/Schneeberger/Schmid (Hrsg), HdB der künstlichen Intelligenz, 5.

⁵⁴ Ertel, Grundkurs künstliche Intelligenz, 7; so auch: Dotzler, in: Engemann/Sudmann (Hrsg), Machine Learning, 41; Eberl, APuZ 6-8/2018, 8.

⁵⁵ Vgl. Ertel, Grundkurs künstliche Intelligenz; 7; so auch: Kannenberg, Googles eigene autonome Autos kommen auf die Straße, Heise vom 26. Juni 2015; erhältlich im Internet: <<https://www.heise.de/newsticker/meldung/Googles-eigene-autonome-Autos-kommen-auf-die-Strasse-2729838.html>> (besucht am: 30. Dezember 2018).

⁵⁶ Vgl. Kühl, KI will rock you, Zeit vom 26. Dezember 2017, erhältlich im Internet: <<https://www.zeit.de/digital/internet/2017-12/kuenstliche-intelligenz-musik-produktion-melodrive>> (besucht am: 30. Dezember 2018).

⁵⁷ Vgl. ohne Verfasser., min G max D Ex[log(D(x))] + Ez[log(1-D(G(z)))] hat was gemalt, FAZ vom 25. Oktober 2018, erhältlich im Internet: <<https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/kunst/christie-s-versteigert-ki-kunst-15857095.html>> (besucht am: 30. Dezember 2018).

⁵⁸ Wolf/ Strohschen, Digitalisierung, Informatik-Spektrum 2018, 58.

C. KI im IPR am Beispiel von Dienstleistungsverträgen

Der Einsatz von künstlicher Intelligenz soll auch in Zukunft weiter ausgebaut werden.⁵⁹ Dieser Ausbau soll insbesondere im Bereich des Dienstleistungssektors durch sogenannte „Smart Services“ stattfinden.⁶⁰ Doch, wie auch der Mensch, macht eine KI ebenfalls Fehler.⁶¹ Daher stellt sich die Frage, nach welchem Recht ihre Fehler zu behandeln sind, wenn es sich um grenzüberschreitende Dienstleistungsverträge handelt.

I. Dienstleistungsverträge i. S. d. Rom I-VO

Dafür ist zunächst zu klären, welche Verträge als Dienstleistungsverträge nach der Rom I-VO anzusehen sind.

Aufgrund einer fehlenden Begriffserklärung in der Norm muss eine weite autonome Auslegung im Einklang mit den europäischen Verordnungen erfolgen.⁶² Ein Anhaltspunkt für die Auslegung bietet Artikel 57 AEUV.⁶³ Demnach sind Dienstleistungen solche Leistungen, die in der Regel gegen Entgelt erbracht werden, insbesondere gewerbliche, kaufmännische, sowie handwerkliche und freiberufliche Tätigkeiten.⁶⁴ Jedoch gebietet die weite Auslegung, dass auch unbezahlte Arbeiten unter den Dienstleistungsbegriff fallen.⁶⁵ Allerdings sind das Unterlassen, sowie das reine Überlassen, keine Leistungen im Sinne der Vorschrift.⁶⁶ Insgesamt sind Dienstleistungsverträge also solche, die diese Art von Leistung zum Inhalt haben.

⁵⁹ Vgl. *Europäische Kommission*, Künstliche Intelligenz für Europa, Ratsdok. 8507/18, KOM (2018) 237 endg., 1 f., 3 f.; *Kollmann/Schmidt*, Deutschland 4.0, 49 f.

⁶⁰ Vgl. BT-Drs. 19/1982, 4 f.; bspw. durch Service-Roboter: *Kollmann/Schmidt*, Deutschland 4.0, 51; *Eberl*, APuZ 6-8/2018, 8 f.; dazu auch: *Heun/Assion*, BB 2018, 579.

⁶¹ So schon Turing, der das sogar als essentielle Eigenschaft sah: *Turing*, Lecture to the London Mathematical Society on 20. February 1947, 13 f., erhältlich im Internet: <<https://www.vordenker.de/downloads/turing-vorlesung.pdf>> (besucht am: 31. Dezember 2018); *ders.*, *Philosophia Mathematica* 1996, Vol.4, Issue 3, 257; so auch: *Dotzler*, in: Engemann/Sudmann (Hrsg), *Machine Learning*, 41.

⁶² Insbesondere mit Art. 7 Brüssel Ia-VO (ehemalig Art. 5 Brüssel I-VO); vgl. Erwägungsgrund 7 Rom I-VO, dazu: EuGH Rs. C-533/07, *Falco Privatstiftung and Thomas Rabitsch v. Gisela Weller-Lindhors*, Slg. 2009, I-3327; *Rauscher*, IPR, Rn. 1208; so auch: *Martiny*, in: MüKo, BGB-Kommentar, Art. 4 Rom I VO, Rn. 18/34; *Ferrari*, in: Ferrari/Kieninger/Mankowski/Otte/Saenger/Schulze/Staudinger, Internat. VertragsR, Art. 4 Rom I-VO, Rn. 27; *Spickhoff*, in: BeckOK, BGB-Kommentar, Art. 4 Rom I-VO, Rn. 10; *Magnus*, in: Staudinger, BGB-Kommentar, Art. 4 Rom I-VO, Rn. 40.

⁶³ *Martiny*, in: MüKo, BGB-Kommentar, Art. 4 Rom I-VO, Rn. 36; so auch: *Spickhoff*, in: BeckOK, BGB-Kommentar, Art. Rom I-VO, Rn. 10; an Art. 50 EG anknüpfend, der deckungsgleich zu Art. 57 AEUV ist: *Ferrari*, in: Ferrari/Kieninger/Mankowski/Otte/Saenger/Schulze/Staudinger, Internat. VertragsR, Art. 4 Rom I-VO, Rn. 27.

⁶⁴ *Mankowski*, JZ 2009, 958 (960); *Martiny*, in: MüKo, Art. 4 Rom I-VO, Rn. 36.

⁶⁵ *Ferrari*, in: Ferrari/Kieninger/Mankowski/Otte/Saenger/Schulze/Staudinger, Internat. VertragsR, Art. 4 Rom I-VO, Rn. 27; *Martiny*, in: MüKo, BGB-Kommentar, Art. 4 Rom I-VO, Rn. 42.

⁶⁶ *Hobloch*, in: Erman (Hrsg), Art. 4 Rom I-VO, Rn. 13; *Ferrari*, in: Ferrari/Kieninger/Mankowski/Otte/Saenger/Schulze/Staudinger, Internat. VertragsR, Art. 4 Rom I-VO, Rn. 29.

II. Kollisionsregelung

Welches Recht wird also angewendet, wenn es im Rahmen des Dienstleistungsvertrags zu Problemen zwischen den Parteien kommt?

Auf vertragliche Schuldverhältnisse in Zivil- und Handelssachen mit Auslandsberührung findet laut Artikel 1 Abs. 1 S. 1 Rom I-VO die Rom I-Verordnung Anwendung. Durch die Aufzählung des Dienstleistungsvertrages in Artikel 4 Abs. 1 lit. b) Rom I-VO handelt es sich bei diesem, unstreitig, um ein vertragliches Schuldverhältnis im Sinne des Artikel 1 Rom I-VO. Neben der gerade festgestellten sachlichen Anwendbarkeit muss auch die räumliche und zeitliche Anwendbarkeit vorliegen, um zu einer Regelung durch die Rom I-VO zu führen.⁶⁷

1. Artikel 3 Rom I-VO

Sind diese Voraussetzungen gegeben, bestimmt sich das anzuwendende Recht aus Gründen der Rechtssicherheit und Prozessökonomie vorrangig durch die Privatautonomie der Parteien gem. Artikel 3 Rom I-VO.⁶⁸ Den Parteien steht es also frei eine Rechtswahl für ihren Vertrag zu treffen. Laut Satz 2 kann dies ausdrücklich erfolgen oder sich konkludent aus den Umständen ergeben. Greifen jedoch die Sondertatbestände der Artikel 5-8 Rom I-VO, kann diese Rechtswahl auch beschränkt werden.⁶⁹ Fraglich ist, ob eine KI Teil eines Vertrages sein kann. Momentan und wohl auch noch in den nächsten fünf bis zehn Jahren handeln künstliche Intelligenzen als (teil-)automatisierte Softwareagenten⁷⁰, das bedeutet, dass sie Verträge für eine (natürliche oder juristische) Person abschließen bzw. für diese Person zu handeln.⁷¹ Daher trifft in diesem Fall der Mensch durch die konkrete Programmierung, nach der die KI handelt, die Rechtswahl. Die KI wird somit nicht zur Vertragspartei. Allerdings findet momentan auch ein zunehmender Umbruch von der Automatisierung hin zur Autonomisierung statt.⁷² Das heißt, die KI handelt und entscheidet eigenständig und nicht vorhersehbar auf Grundlage des vorgegebenen Rahmens und dem daraus autonom Erlernten.⁷³ Da diese Handlung der dahinterstehenden Person schwer zugerechnet werden kann,⁷⁴ könnte die KI hier Teil des Vertrages geworden sein und somit ein Recht gewählt haben.

⁶⁷ Junker, IPR, § 15 Rn. 6 f.; Magnus, IPRax 2010, 27 (31).

⁶⁸ Siehe Erwägungsgrund 11 Rom I-VO, vgl. Calliess, in: Calliess (Hrsg), Rome Regulations, Art. 3 Rome I, Rn. 1; Thorn, in: Palandt, BGB-Kommentar, Art. 3 Rom I-VO, Rn. 2; zu den Gründen: von Hein, in: Rauscher (Hrsg), EuZPR/EuIPR, Art. 3 Rom I-VO, Rn. 1 f.

⁶⁹ Vgl. Art. 5 Abs. 2 UAbs. 2; Art. 6 Abs. 2; Art. 7 Abs. 3; Art. 8 Abs. 1 Rom I-VO.

⁷⁰ Zur Erklärung: Specht/Herold, MMR 2018, 40 ff.

⁷¹ Zu bisheriger Situation: Kaplan, Künstliche Intelligenz, 115 f.; im übertragenen Sinne auch: Kirn/Müller-Hengstenberg, KI 2015, 59 (67).

⁷² Kirn/Müller-Hengstenberg, KI 2015, 59 (60); so auch Ertel, Grundkurs Künstliche Intelligenz, 12.

⁷³ Specht/Herold, MMR 2018, 40 (42 f.); so auch: Teubner, AcP 218 (2018), 155 (164).

⁷⁴ Specht/Herold, MMR 2018, 40 (42 f.).

Voraussetzung für das Zustandekommen einer Rechtswahl bleibt jedoch ihre Wirksamkeit.⁷⁵ Dieser Gedanke entspringt aus dem vertragsähnlichen Charakter der Rechtswahl.⁷⁶ Primäre Voraussetzung für die Wirksamkeit einer Erklärung ist die Rechts- und Geschäftsfähigkeit der Parteien.⁷⁷ Bei künstlichen Intelligenzen ist diese Eigenschaft zumindest in Deutschland strittig,⁷⁸ allerdings kann das je nach Land unterschiedlich sein. Daher muss zunächst geklärt werden, nach welchem Recht sich die Rechtsfähigkeit der KI bestimmt. Im Gegensatz zu dem Personalstatut der natürlichen oder juristischen Person existiert ein solches für elektronische Personen⁷⁹ nicht. Allerdings bietet das internationale Privatrecht verschiedene Anknüpfungspunkte, anhand derer sich das anzuwendende Recht bestimmen ließe.

a) *Artikel 3 Abs. 5 Rom I-VO*

In Betracht kommt zunächst die Rechtsbestimmung durch Artikel 3 Abs. 5 Rom I-VO, der für das Zustandekommen und die Wirksamkeit der Einigung der Parteien auf die Artikel 10, 11 und 13 Rom I-VO verweist. Artikel 13 behandelt zwar die Rechts-, Geschäfts- und Handlungsfähigkeit, allerdings handelt es sich hierbei, wie sich aus Artikel 1 Abs. 2 lit. a) bzw. lit. f)⁸⁰ ergibt, um eine Ausnahmeregelung, da die Rom I-Verordnung diese grundsätzlich nicht regelt.⁸¹ Zudem ist der Anwendungsbereich des Artikel 13 Rom I-VO bewusst auf natürliche Personen begrenzt⁸², sodass dieser bei künstlichen Intelligenzen bzw. elektronischen Personen nicht zu einer Regelung führen würde. Artikel 11 Rom I-VO bezieht sich lediglich auf die Formerfordernisse des Vertrages und trägt deshalb nicht zur Lösung bei.⁸³

Schließlich bleibt der Verweis auf Artikel 10 Rom I-VO, nach dem auf das Zustandekommen und die Wirksamkeit des Vertrages das Recht anzuwenden ist, was bei sei-

⁷⁵ Ergibt sich aus Art. 3 Abs. 5 i.V.m. Art. 10 Rom I-VO.

⁷⁶ *Martiny*, in: Reithmann/Martiny (Hrsg), Internat. VertragsR, Rn. 2.13 f.

⁷⁷ Umkehrschluss aus *Freitag*, in: Rauscher (Hrsg), EuZPR/EuIPR, Art. 10 Rom I-VO, Rn. 7.

⁷⁸ Für Rechtsfähigkeit: *Beck*, in: Hilgendorf/Günther (Hrsg), Robotik und Gesetzgebung, 239 (255 ff.); *Kersten*, JZ 2015, 1 (7); *Schirmer*, JZ 2016, 660 (663); a.A.: *Bull*, Sinn und Unsinn des Datenschutzes, 120; *Schaub*, JZ 2017; 342 (345 f.); *Spindler*, CR 2015, 766 (774 f.).

⁷⁹ So benannt vom Europäischen Parlament, vgl. *Europäisches Parlament*, Entwurf eines Berichts mit Empfehlung an die Kommission zu zivilrechtlichen Regelungen im Bereich Robotik vom 31. Mai 2016 (2015/2103 (INL)), erhältlich im Internet: <<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//NONSGML%2BCOMPARL%2BPE-582.443%2B01%2BDOC%2BPDF%2BV0//DE>> (besucht am: 08. Januar 2019).

⁸⁰ Vgl. „unbeschadet des Artikel 13“.

⁸¹ *Müller, H.-F.*, in: Prütting/Wegen/Weinreich (Hrsg), BGB-Kommentar, Art. 13 Rom I-VO, Rn. 1; *von Hein*, in: Rauscher (Hrsg), EUZPR/EUIPR, Art. 1 Rom I-VO, Rn. 24; ergibt sich auch aus: *Hausmann*, in: Reithmann/Martiny (Hrsg), Internat. VertragsR, Rn. 7.1006.

⁸² *Loacker*, in: Calliess (Hrsg), Rome Regulations, Art. 13 Rome I, Rn. 6; *Ferrari*, in: Ferrari/Kieninger/Mankowski/Otte/Saenger/Schulze/Staudinger, Internat. VertragsR, Art. 13 Rn. 4; *Thorn*, Palandt, BGB-Kommentar, Art. 13 Rom I-VO, Rn. 2.

⁸³ Vgl. *Bischoff*, in: Hüßtege/Mansel (Hrsg), BGB-Kommentar, Art. 11 Rom I-VO, Rn. 8; *Ringe*, in: juris-PK, BGB-Kommentar, Art. 11 Rom I-VO, Rn. 1.

ner Wirksamkeit anzuwenden wäre. Folglich unterliegen der Haupt- und der Verweisungvertrag durch diese Verweisung in Absatz 5 demselben Recht.⁸⁴ Allerdings ist auch hier die Rechts- und Geschäftsfähigkeit grundsätzlich ausgeschlossen.⁸⁵ Es ließe sich argumentieren, dass die Rechtsfähigkeit einer elektronischen Person nicht durch Art. 1 Abs. 2 Rom I-VO ausgeschlossen wird und die Lösung über das gewählte Recht zu einer eindeutigen Bestimmung führe. Zudem gab es, im Gegensatz zu der Lösung der Rechts- und Geschäftsfähigkeit von KIs, schon vor dem Bestehen der Rom I-VO sowohl das Personalstatut der natürlichen⁸⁶, als auch der juristischen Personen⁸⁷, die das anzuwendende Recht in diesen Fällen bestimmen. Jedoch lässt sich aus dem generellen Ausschluss aller Personen und dem Ausnahmegehalt des Artikel 13 schließen, dass der Gesetzgeber eben nicht wollte, dass es zu einer Regelung der Rechts- und Geschäftsfähigkeit durch die Rom I-Verordnung kommt. Eine Bestimmung der Rechtsfähigkeit von elektronischen Personen würde der Teleologie der Verordnung widersprechen. Somit ist Artikel 3 Abs. 5 i. V. m. Artikel 10 Rom I-VO nicht zur Lösung heranzuziehen.

b) *Wirkungsland*

Eine weitere Anknüpfungsmöglichkeit wäre das Wirkungsland, wie es vor Einführung des Artikel 8 EGBGB zur Kollisionslösung bei der Vollmacht genutzt wurde.⁸⁸ Für die Anknüpfung an das Wirkungsland spricht, dass das Recht des Landes anwendbar ist, in dem sich der Vertrag entfaltet, wodurch die durch den Vertrag Betroffenen das anzuwendende Recht kennen würden. Sie hätten somit die Möglichkeit die Schaffung einer Rechtsfähigkeit für elektronische Personen entgegen ihrer Gesetze und die damit eventuell verbundene Unsicherheit im Geschäftsverkehr zu verhindern. Allerdings überzeugt diese Lösungsmöglichkeit nicht, weil die Wirkungsländer auch bei einem Vertrag zwischen natürlichen oder juristischen Personen Eingriffe fremden Rechts gegen sich gelten lassen müssen. Zudem besteht im Gegensatz zu der ursprünglichen Regelung bei der Vollmacht keine besondere Schutzbedürftigkeit der Dritten.⁸⁹ Außerdem dient das Wirkungslandprinzip in Artikel 8 EGBGB nur noch als Auffangregel und spielt somit eine untergeordnete Rolle.⁹⁰ Dagegen spricht auch, dass es zu einer Unterwanderung des Artikel 1 Abs. 2 Rom I-VO käme, wenn das Recht des Wirkungs-

⁸⁴ So auch: *Ferrari*, in: Ferrari/Kieninger/Mankowski/Otte/Saenger/Schulze/Staudinger, Internat. VertragsR, Art. 3 Rom I-VO, Rn. 8; *Magnus*, in: Staudinger, BGB-Kommentar, Art. 3 Rom I-VO, Rn. 167.

⁸⁵ Vgl. Art. 1 Abs. 2 lit. a) und f) Rom I-VO, *Freitag*, in: Rauscher (Hrsg), EUZPR/EUIPR, Art. 10 Rom I-VO, Rn. 7; *Schulze*, in: Calliess (Hrsg), Rome Regulations, Art. 10 Rome I, Rn. 7; *Spickhoff*, in: BeckOK, BGB-Kommentar, Art. 10 Rom I-VO, Rn. 1.

⁸⁶ Z. B. durch die Staatsangehörigkeit seit 1900 in Deutschland; vgl. *Kegel/Schurig*, IPR, 444.

⁸⁷ Gründungstheorie seit 1724, vgl. *Großfeld*, *RabelsZ* 38 (1974), 344 (345 f.); *ders.*, in: Hefermehl/Gmür/Brox (Hrsg), FS Westermann, 199 (200); Sitztheorie in Deutschland seit 1869; vgl. *Großfeld*, in: Hefermehl/Gmür/Brox (Hrsg), FS Westermann, 199 (213).

⁸⁸ Vgl. *Hausmann*, in: Reithmann/Martiny (Hrsg), Internat. VertragsR, Rn. 7.370; *Spellenberg*, in: MüKo, BGB-Kommentar, Art. 8 EGBGB, Rn. 1.

⁸⁹ Zur Schutzbedürftigkeit der Dritten bei Vollmacht: *Hausmann*, in: Reithmann/Martiny (Hrsg), Internat. VertragsR, Rn. 7.372.

⁹⁰ *Rauscher*, IPR, Rn. 1143.

landes dem gewählten Recht entspricht. Andersrum würde es bei einem Auseinanderfallen von der Rechtswahl und des Rechts des Wirkungslandes zu einer Schlechterstellung der Parteien führen, da es sich im Zweifel auch nicht um das Recht ihrer Länder handelt, in dem sie sich auskennen bzw. mit dessen Eintritt sie hätten rechnen können. Letztendlich könnte der Vertrag der Parteien seine Wirkung auch in mehreren Ländern entfalten, sodass es zu keiner eindeutigen Ermittlung des anzuwendenden Rechts käme. Daraus könnte dann ein hinkendes Rechtsverhältnis entstehen, da die Länder eine unterschiedliche Betrachtung der Rechtsfähigkeit der künstlichen Intelligenz haben könnten. Folglich ist die Bestimmung der Rechtsfähigkeit künstlicher Intelligenzen nach dem Wirkungsland nicht empfehlenswert.

c) *Gewöhnlicher Aufenthaltsort*

Schließlich könnte die Rechtsfähigkeit der Parteien auch über ihren gewöhnlichen Aufenthalt bestimmt werden. Dagegen spricht, dass die KI sich vermutlich dort aufhalten wird, wo die Rechtsordnung ihr am meisten Rechte zuspricht und sie somit regelmäßig wohl die Rechtsfähigkeit innehatte. Allerdings überzeugt dieses Argument nicht, weil das jeder anderen Personengruppe ebenfalls möglich ist. Außerdem vertrauen beide Vertragsparteien auf das Bestehen des Vertrages und der damit verbundenen Rechtswahl⁹¹ und würden das Bestehen der Rechtsfähigkeit elektronischer Personen am gewöhnlichen Aufenthalt begrüßen. Zudem ist die Anknüpfung an den gewöhnlichen Aufenthalt eine gängige Herangehensweise im internationalen Privatrecht,⁹² insbesondere auch in der Rom I-VO.⁹³ Das liegt daran, dass durch die Aufenthaltsanknüpfung aufgrund des nur einfach möglichen gewöhnlichen Aufenthalts ein eindeutiges Ergebnis erzielt wird.⁹⁴ Zudem wird durch seine flexible Abänderung auf die aktuellen Umstände der Partei eingegangen, was für ihn durch die Nähe zu dieser Rechtsordnung die

⁹¹ *Leible*, in: Hüfstege/Mansel (Hrsg), BGB-Kommentar, Art. 3 Rom I-VO, Rn. 5; *Martiny*, in: Reithmann/Martiny (Hrsg), Internat. VertragsR, Rn. 2.3.

⁹² *Martiny*, in: MüKo, BGB-Kommentar, Art. 19 Rom I-VO, Rn. 1; *Ringe*, in: juris-PK, BGB-Kommentar, Art. 19 Rom I-VO, Rn. 1; *Kränzle*, Heimat als Rechtsbegriff?, 97; *Rauscher*, IPR, Rn. 273; *Dutta*, RabelsZ 73 (2009), 547 (563); *Hilbig-Lugani*, GPR 2014, 8.

⁹³ Vgl. Art. 4-7, 19 Abs. 2, 11 und 19 Rom I-VO; *Magnus*, in: Staudinger, BGB-Kommentar, Art. 19 Rom I-VO, Rn. 1; *Martiny*, in: MüKo, BGB-Kommentar, Art. 19 Rom I-VO, Rn. 1; *Ringe*, in: juris-PK, BGB-Kommentar, Art. 19 Rom I-VO, Rn. 1; *Kränzle*, Heimat als Rechtsbegriff?, 165; *Hilbig-Lugani*, GPR 2014, 8.

⁹⁴ *Dörner*, in: Hk-BGB, BGB-Kommentar, Art. 5 EGBGB, Rn. 10; *von Hein*, in: MüKo, BGB-Kommentar, Art. 5 EGBGB, Rn. 160; *Lorenz*, in: BeckOK, BGB-Kommentar, Art. 5 EGBGB, Rn. 15; *Thorn*, in: Palandt, BGB-Kommentar, Art. 5 EGBGB, Rn. 10; *von Bar/Mankowski*, IPR I, § 7 Rn. 24; *Kränzle*, Heimat als Rechtsbegriff?, 129; differenzierend: *Kropholler*, IPR, § 39 II 6. a); a. A., aber insgesamt trotzdem anknüpfend an den dafür effektiven Aufenthaltsort: *Bausback*, in: Staudinger, BGB-Kommentar, Art. 5 EGBGB, Rn. 48; *Hohloch*, in: Erman (Hrsg), BGB-Kommentar, Art. 5 EGBGB, Rn. 55; *von Hofmann/Thorn*, IPR, § 5 Rn. 80, („denkbar, aber selten“).

höchste Rechtssicherheit schafft.⁹⁵ Auf der anderen Seite wird durch die aus der „Gewöhnlichkeit“ herleitbaren Dauer die Abänderung der Anknüpfung begrenzt.⁹⁶ Schließlich bietet die Bestimmung des anzuwendenden Rechts über den gewöhnlichen Aufenthalt ebenso den Vorteil, dass dieser sich anhand von rein objektiven Charakteristika feststellen lässt.⁹⁷ Die Festlegung des anzuwendenden Rechts durch den gewöhnlichen Aufenthalt verspricht also eine möglichst sichere und gerechte Anknüpfung.

(1) *Gewöhnlicher Aufenthalt der KI*

Daraus ergibt sich die Frage wo die künstliche Intelligenz ihren Aufenthalt hat. Einen Anhaltspunkt dafür könnte Artikel 19 Abs. 1 Rom I-VO geben. Danach liegt der gewöhnliche Aufenthalt von Gesellschaften, Vereinen und juristischen Personen am Ort ihrer Hauptverwaltung (Abs. 1 Alt. 1) und der von natürlichen Personen am Ort ihrer Hauptniederlassung (Abs. 1 Alt. 2). Der gewöhnliche Aufenthaltsort elektronischer Personen ist auf den ersten Blick nicht umfasst.

(a) *Rückgriff auf natürlichel/juristische Person*

Zur Lösung kommt der Rückgriff auf den handelnden Akteur hinter der KI in Betracht. Wie bereits erwähnt⁹⁸, handeln KIs wahrscheinlich noch in den nächsten Jahren für eine natürliche oder juristische Person. Dadurch würde sich das anzuwendende Recht problemlos über Artikel 19 Rom I-VO finden lassen. Allerdings wird dieser Rückgriff bei autonom handelnden Agenten nicht mehr möglich sein und ist auch nicht zielführend für die Bestimmung des gewöhnlichen Aufenthalts der KI.

(b) *Artikel 19 Abs. 1 Alt. 1 Rom I-VO*

Weiterhin könnte man künstliche Intelligenzen unter juristische Personen im Sinne des Artikel 19 Abs. 1 Alt. 1 Rom I-VO fassen. In der Norm ist keine Definition enthalten, was unter juristischen Personen zu verstehen ist.⁹⁹ Durch die einheitliche Auslegung mit der Brüssel Ia-VO und der Rom II-VO¹⁰⁰ ergibt sich, dass die in der Vorschrift

⁹⁵ Insbesondere im Gegenteil zur Anknüpfung an die Staatsangehörigkeit und den Wohnsitz; *Kropholler*, IPR, § 39 III 2.; *Kränzle*, Heimat als Rechtsbegriff?, 97; *Rauscher*, IPR, Rn. 274.

⁹⁶ *Von Hein*, in: MüKo, BGB-Kommentar, Art. 5 EGBGB, Rn. 143 ff.; *Kropholler*, IPR, § 39 II 3 a)/4f.; *Rauscher*, IPR, Rn. 277.

⁹⁷ *Hohloch*, in: Erman (Hrsg), BGB-Kommentar, Art. 5 EGBGB, Rn. 48; *Lorenz*, in: BeckOK, BGB-Kommentar, Art. 5 EGBGB, Rn. 15; *von Bar/Mankowski*, IPR, § 7 Rn. 24; *von Hein*, in: MüKo, BGB-Kommentar, Art. 5 EGBGB, Rn. 153 f.; a. A. *Hilbig-Lugani*, GPR 2014, 8 (9); *Rauscher*, in: Hilbig-Lugani/Jakob/Mäsch/Reuß/Schmid (Hrsg), FS Coester-Waltjen, 2015, 637 (648 f.); *Rentzsch*, ZEuP 2015, 288 (308 f.).

⁹⁸ S. o. Punkt C. II. 1.

⁹⁹ *Baetge*, in: Calliess (Hrsg), Rome Regulations, Art. 19 Rome I Rn. 9; *Ferrari*, in: Ferrari/Kieninger/Mankowski/Otte/Saenger/Schulze/Staudinger, Art. 19 Rom I-VO, Rn. 7; *Martiny*, in: Reithmann/Martiny (Hrsg), Internat. VertragsR, Rn. 2.277; *ders.*, in: MüKo, BGB-Kommentar, Art. 19 Rom I-VO, Rn. 4; *Ringe*, in: juris-PK, BGB-Kommentar, Art. 19 Rom I-VO, Rn. 7.

¹⁰⁰ Vgl. Erwägungsgrund 7 Rom I-VO.

enthaltene Aufzählung nur beispielhaft und daher weit zu verstehen ist.¹⁰¹ Unter Artikel 19 Abs. 1 Alt. 1 Rom I-VO fallen somit alle nicht natürlichen Personenmehrheiten, die sich vertraglich binden und Partei eines Rechtsstreits sein können.¹⁰² Bei der künstlichen Intelligenz muss es sich also um eine entsprechende juristische Person handeln. Dabei bestimmt sich das Vorliegen einer Personenvereinigung nach dem Gesellschaftsstatut.¹⁰³ Zur Regelung des Vorliegens einer juristischen Person finden sich hier zwei Möglichkeiten: die Sitz- und die Gründungstheorie.¹⁰⁴ Voraussetzung für beide Theorien ist jedoch, dass eine Gründung stattfand. Künstliche Intelligenzen werden jedoch nicht gegründet, sondern programmiert. Zudem müssen sie keine Gründungsvoraussetzungen¹⁰⁵ erfüllen, sodass selbst eine weite Auslegung des Gründungsbegriffs nicht dazu führen würde, dass sie als juristische Personen angesehen wird. Künstliche Intelligenzen sind somit keine juristischen Personen im klassischen Sinn und fallen damit nicht unter Artikel 19 Abs. 1 Alt. 1 Rom I-VO.

(c) *Analoge Anwendung Artikel 19 Abs. 1 Alt. 1 Rom I-VO*

Allerdings könnte Artikel 19 Abs. 1 Alt. 1 Rom I-VO analog auf künstliche Intelligenzen bzw. elektronische Personen Anwendung finden. Dafür braucht es zunächst eine Regelungslücke. Das ist der Fall, wenn es keine Vorschrift zur Lösung eines regelungsbedürftigen Problems gibt.¹⁰⁶ Eine solche Norm ist nicht vorhanden, sodass in diesem Fall eine Regelungslücke vorliegt. Diese muss auch planwidrig sein. Das bedeutet, dass der Gesetzgeber ungewollt keine Regelung für den Fall getroffen hat.¹⁰⁷ Wie sich aus den bisherigen Ausführungen ergibt, ist künstliche Intelligenz zwar kein neues Thema, aber eins, das erst in den letzten Jahren an Bedeutung gewonnen hat. Die Frage der Behandlung der Rechtsfähigkeit von künstlichen Intelligenzen bzw. elektronischen Personen konnte sich somit erst in jüngster Vergangenheit ergeben und Relevanz für die Zukunft entfalten. Für den Gesetzgeber bestand folglich zur Zeit der Einführung der Rom I-Verordnung noch keine Notwendigkeit eine solche Regelung zu treffen. Auch entspricht es gerade dem Sinn und Zweck des Art. 19 Rom I-VO, die Bestim-

¹⁰¹ *Baetge*, in: Calliess (Hrsg), Rome Regulations, Art. 19 Rome I, Rn. 9; *Doehmer*, in: Hüßtege/Mansel (Hrsg), BGB-Kommentar, Art. 19 Rom I-VO, Rn. 4; *Hobloch*, in: Erman (Hrsg), BGB-Kommentar, Art. 19 Rom I-VO, Rn. 4; *Magnus*, in: Staudinger, BGB-Kommentar, Art. 19 Rom I-VO, Rn. 11; *Martiny*, in: MüKo, BGB-Kommentar, Art. 19 Rom I-VO, Rn. 4.

¹⁰² *Doehmer*, in: Hüßtege/Mansel (Hrsg), BGB-Kommentar, Art. 19 Rom I-VO, Rn. 4; *Ferrari*, in: Ferrari/Kieninger/Mankowski/Otte/Saenger/Schulze/Staudinger, Art. 19 Rom I-VO, Rn. 7; *Hobloch*, in: Erman (Hrsg), BGB-Kommentar, Art. 19 Rom I-VO, Rn. 4; *Magnus*, in: Staudinger, BGB-Kommentar, Art. 19 Rom I-VO, Rn. 11; *Martiny*, in: MüKo, BGB-Kommentar, Art. 19 Rom I-VO, Rn. 4; *ders.*, in: Reithmann/Martiny (Hrsg), Internat. VertragsR, Rn. 2.277; *Ringe*, in: juris-PK, BGB-Kommentar, Art. 19 Rom I-VO, Rn. 8; *Spickhoff*, in: BeckOK, BGB-Kommentar, Art. 19 Rom I-VO, Rn. 2.

¹⁰³ *Hobloch*, in: Erman (Hrsg), BGB-Kommentar, Art. 19 Rom I-VO, Rn. 4; *Martiny*, in: MüKo, BGB-Kommentar, Art. 19 Rom I-VO, Rn. 4.

¹⁰⁴ *Junker*, IPR, § 13 Rn. 39 ff.; *Rauscher*, IPR, Rn. 627 ff.

¹⁰⁵ Anders als bei juristischen Personen, vgl. für Deutschland bspw.: §§ 2, 3, 5 Abs. 1 GmbHG.

¹⁰⁶ *Wank*, Die Auslegung von Gesetzen, 84 (§ 11 I).

¹⁰⁷ *Ibid.*, 84 f. (§ 11 I 2).

mung des gewöhnlichen Aufenthalts zu erleichtern bzw. für Rechtssicherheit zu sorgen.¹⁰⁸ Zudem lässt auch die weite Fassung der juristischen Personen darauf schließen, dass der Gesetzgeber möglichst alle Eventualitäten erfassen wollte.¹⁰⁹ Insbesondere der gesteigerte Einsatz von künstlichen Intelligenzen im Vertragsbereich macht eine solche Normierung unabdingbar. Die Planwidrigkeit ist also gegeben. Letztendlich muss zwischen der vorhandenen Vorschrift und dem nicht geregelten Sachverhalt eine ähnliche Interessenslage vorliegen.¹¹⁰ Zwischen juristischen und elektronischen Personen muss demnach eine Vergleichbarkeit vorliegen. Dazu muss man sich die charakteristischen Eigenschaften einer juristischen Person anschauen. Ein wesentliches Merkmal von juristischen Personen ist, dass sie ein Konstrukt ihrer jeweiligen Rechtsordnung und auch nur durch sie rechtsfähig sind.¹¹¹ Ebenso würde sich die Rechtsfähigkeit der künstlichen Intelligenz bzw. elektronische Person auch nur aus dem Gesetz ergeben.¹¹² Eine weitere Eigenschaft von juristischen Personen ist ihre soziale Basis. Diese besteht aus ihrer Identität, die durch innere Kommunikationsketten entsteht, und aus der Zuschreibung von Handlungen, unabhängig von den dahinterstehenden Menschen.¹¹³ Ähnlich erfolgt durch Algorithmen eine Kommunikationskette innerhalb der künstlichen Intelligenz, der auch, in manchen Fällen, eine Identität und Aktionen zugestanden werden.¹¹⁴ Beide Personen haben eine, zumindest in den meisten Fällen bestehende, Ausrichtung zur Wirtschaft und agieren im Geschäftsverkehr. Gerade aufgrund dieses Aspektes besteht ein hohes Interesse an der Regelung des gewöhnlichen Aufenthalts von künstlichen Intelligenzen um Rechtssicherheit zu schaffen. Zwischen juristischen und elektronischen Personen liegt also eine vergleichbare Interessenslage vor. Artikel 19 Abs. 1 Alt. 1 Rom I-VO ist somit analog auf künstliche Intelligenzen anwendbar. Nachdem die Art der Person geklärt ist, ist zu fragen, wo die künstliche Intelligenz ihre Hauptverwaltung hat. Auch dieser Begriff ist im Einklang mit den anderen Verordnungen auszulegen.¹¹⁵ Daraus ergibt sich, dass es sich dabei regelmäßig um den Ort der effektiven Verwaltung

¹⁰⁸ Vgl. Erwägungsgrund 39 Rom I-VO.

¹⁰⁹ *Ringe*, in: juris-PK, BGB-Kommentar, Art. 19 Rom I-VO, Rn. 8; so auch: *Ferrari*, in: Ferrari/Kieninger/Mankowski/Otte/Saenger/Schulze/Staudinger, Art. 19 Rom I-VO, Rn. 7.

¹¹⁰ *Wank*, Die Auslegung von Gesetzen, 87 (§ 11 III).

¹¹¹ Im Gegensatz zum Menschen, der diese durch seine Geburt erhält, vgl. *Junker*, IPR, § 13 Rn. 4.

¹¹² Zum Vergleich der Rechtsfähigkeit durch Gesetz: *Rüthers/Stadler*, BGB AT, Rn. 3 f.

¹¹³ *Teubner*, AcP 218 (2018), 155 (164 f.).

¹¹⁴ *Ibid.*

¹¹⁵ *Baetge*, in: Calliess (Hrsg), Rome Regulations, Art. 19 Rome I, Rn. 11; *Ferrari*, in: Ferrari/Kieninger/Mankowski/Otte/Saenger/Schulze/Staudinger, Art. 19 Rom I-VO, Rn. 8; *Magnus*, in: Staudinger, BGB-Kommentar, Art. 19 Rom I-VO, Rn. 8; *Spickhoff*, in: BeckOK, BGB-Kommentar, Art. 19 Rom I-VO, Rn. 2; *Thorn*, in: Palandt, BGB-Kommentar, Art. 19 Rom I-VO, Rn. 2.

handelt.¹¹⁶ Damit ist der Ort gemeint an dem die relevanten geschäftsbezogenen Entscheidungen getroffen werden.¹¹⁷ Während für die juristische Person ihre Organe handeln¹¹⁸, trifft die künstliche Intelligenz, als autonom agierender Agent, die geschäftsbezogenen Entscheidungen selbst. Daher ist der Hauptverwaltungssitz am Ort der künstlichen Intelligenz. Das führt zu der Frage, wo die KI sich aufhält. Dazu ist es wichtig sich den technischen Hintergrund bzw. die Funktionsweise der künstlichen Intelligenz näher anzuschauen. Künstliche Intelligenzen sind als solche intelligente Softwareagenten, also Programme.¹¹⁹ Diese bestehen aus einer Abfolge von Befehlen aufgrund derer der Rechner Aktionen ausführt.¹²⁰ Voraussetzung für diese Funktion sind Algorithmen, die unterschiedliche Eigenschaften innehaben.¹²¹ Zur Nutzung der Software braucht es eine Hardware, die sie ausführt.¹²² Teilweise kann die Software auch durch in der Hardware integrierte Sensoren ihre Umwelt wahrnehmen, um so auf sie durch die Aktuatoren zu reagieren.¹²³ Das bedeutet, dass der gewöhnliche Aufenthalt einer KI die Hardware ist, auf der ihre Software ausgeführt wird. Die Hardware ist die physische Komponente des Computers, also der anfassbare Teil.¹²⁴ Auch der Abschluss des Vertrages über das Internet, über das die künstliche Intelligenz vorwiegend agiert, führt nicht zu einer Anknüpfungsänderung.¹²⁵

(2) Zwischenergebnis

Im Ergebnis ist der gewöhnliche Aufenthalt einer künstlichen Intelligenz am Ort ihrer Hardware. Die Frage nach der Rechtsfähigkeit einer KI kann also nach ihrem gewöhnlichen Aufenthalt, der durch die analoge Anwendung von Artikel 19 Abs. 1 Alt. 1 Rom I-VO festgelegt wird, bestimmt werden.

¹¹⁶ *Doehner*, in: Hüßtege/Mansel (Hrsg), BGB-Kommentar, Art. 19 Rom I-VO, Rn. 5; *Ferrari*, in: Ferrari/Kieninger/Mankowski/Otte/Saenger/Schulze/Staudinger, Art. 19 Rom I-VO, Rn. 8; *Martiny*, in: Reithmann/Martiny (Hrsg), Internat. VertragsR, Art. 19 Rom I-VO, Rn. 2.278; *Thorn*, in: Rauscher (Hrsg), EUZPR/EUIPR, Art. 19 Rom I-VO Rn. 9; *Magnus*, IPRax 2010, 27 (35); *Mankowski*, IHR 2008, 133 (139).

¹¹⁷ *Baetge*, in: Calliess (Hrsg), Rome Regulations, Art. 19 Rome I, Rn. 13; *Brödermann/Wegen*, in: Prütting/Wegen/Weinreich (Hrsg), BGB-Kommentar, Art. 19 Rom I-VO, Rn. 3; *Magnus*, in: Staudinger, BGB-Kommentar, Art. 19 Rom I-VO, Rn. 13; *Martiny*, in: MüKo, BGB-Kommentar, Art. 19 Rom I-VO, Rn. 6; *Spickhoff*, in: BeckOK, BGB-Kommentar, Art. 19 Rom I-VO, Rn. 2; *Thorn*, in: Rauscher (Hrsg), EUZPR/EUIPR, Art. 19 Rom I-VO, Rn. 9; a.A.: Abstellen auf Satzungssitz: *Ringe*, in: juris-PK, BGB-Kommentar, Art. 19 Rom I-VO, Rn. 13.

¹¹⁸ *Ferrari*, in: Ferrari/Kieninger/Mankowski/Otte/Saenger/Schulze/Staudinger, Art. 19 Rom I-VO, Rn. 8; *Martiny*, in: MüKo, BGB-Kommentar, Art. 19 Rom I-VO, Rn. 6; *Thorn*, in: Rauscher (Hrsg), EuZPR/EuIPR, Art. 19 Rom I-VO, Rn. 9.

¹¹⁹ *Ertel*, Grundkurs künstliche Intelligenz, 18; *Teubner*, AcP 218 (2018), 155 (156 f.).

¹²⁰ *Grumm/Sommer*, Informatik, 18.

¹²¹ *Ibid.*, 75 ff., 315.

¹²² *Ibid.*, 63.

¹²³ *Ertel*, Grundkurs Künstliche Intelligenz, 18.

¹²⁴ *Grumm/Sommer*, Informatik, 39, 48 ff.

¹²⁵ *Brödermann/Wegen*, in: Prütting/Wegen/Weinreich (Hrsg), BGB-Kommentar, Art. 19 Rom I-VO, Rn. 4; *Junker*, RIW 1999, 809 (818); *Mankowski*, RabelsZ 63 (1999), 203 (220 ff.); *Magnus*, in: Staudinger, BGB-Kommentar, Art. 19 Rom I-VO, Rn. 9; *Martiny*, in: Reithmann/Martiny (Hrsg), Internat. VertragsR, Rn. 2.280.

Dieser analogen Prüfung bedarf es aber tatsächlich, zumindest für die Mitgliedsstaaten nicht mehr, wenn durch die EU die Rechtsfähigkeit der elektronischen Personen festgeschrieben wird.¹²⁶ Sobald elektronische Personen die Rechtsfähigkeit erlangen, können sie unter die juristischen Personen, mit einer allgemeineren Auslegung nach dem Personal-¹²⁷ und nicht dem Geschäftsstatut, anhand der oben genannten Argumentation definiert werden.

2. Artikel 4 Rom I-VO

Wurde durch die Parteien keine Rechtswahl nach Artikel 3 Rom I-VO getroffen und greift keine der Sonderanknüpfungen aus den Artikeln 5-8 Rom I-VO, richtet sich die Bestimmung des anzuwendenden Rechts nach Artikel 4 Abs. 1 Rom I-VO.¹²⁸ Da keine subjektive Anknüpfung möglich ist, bestimmt sich das anzuwendende Recht nach objektiven Kriterien.¹²⁹ Artikel 4 Rom I-VO stellt also eine Auffangnorm dar.¹³⁰ Absatz 1 bildet insoweit, in den meisten Fällen, einen Beispielkatalog für die allgemeine Regelung in Absatz 2, die an die charakteristische Leistung zur Rechtsfindung anknüpft.¹³¹ Vorrangig gilt die Anwendung des Absatz 1,¹³² der aufgrund seines eindeutigen Ergebnis zu Rechtssicherheit führen soll.¹³³ Demnach greift für den Fall, dass die KI Dienstleister ist, zunächst Artikel 4 Abs. 1 lit. b) Rom I-VO, der für die Anknüpfung des anzuwendenden Rechts auf den gewöhnlichen Aufenthalt verweist. Handelt es sich um einen gemischten Vertrag findet Absatz 2 Anwendung.¹³⁴ Dieser verweist auf den gewöhnlichen Aufenthalt desjenigen, der die charakteristische Leistung erbringt. Die Festlegung des gewöhnlichen Aufenthalts beider Absätze erfolgt durch Artikel 19

¹²⁶ Bereits in Überlegung: vgl. *Europäisches Parlament*, Entwurf eines Berichts mit Empfehlung an die Kommission zu zivilrechtlichen Regelungen im Bereich Robotik vom. 31. Mai 2016 (2015/2103 (INL)).

¹²⁷ So allgemein schon: *Hobloch*, in: Erman (Hrsg), Art. 19 Rom I-VO Rn. 4.

¹²⁸ *Brödermann/Wegen*, in: Prütting/Wegen/Weinreich (Hrsg), BGB-Kommentar, Art. 4 Rom I-VO, Rn. 1; *Gebauer*, in: Calliess (Hrsg), Rome Regulations, Art. 4 Rome I, Rn. 1; *Leible*, in: Hüfstege/Mansel (Hrsg), BGB-Kommentar, Art. 4 Rom I-VO, Rn. 1; *Magnus*, IPRax 2010, 27 (34); *Staudinger*, in: Hk-BGB, BGB-Kommentar, Art. 4 Rom I-VO, Rn. 1.

¹²⁹ *Ferrari*, in: Ferrari/Kieninger/Mankowski/Otte/Saenger/Schulze/Staudinger, Art. 4 Rom I-VO, Rn. 1; *Gebauer*, in: Calliess (Hrsg), Rome Regulations, Art. 4 Rome I, Rn. 1; *Magnus*, in: Staudinger, BGB-Kommentar, Art. 4 Rom I-VO, Rn. 1; *Staudinger*, in: Hk-BGB, BGB-Kommentar, Art. 4 Rom I-VO, Rn. 1.

¹³⁰ *Hobloch*, in: Erman (Hrsg), BGB-Kommentar, Art. 4 Rom I-VO, Rn. 2; *Magnus*, in: Staudinger, BGB-Kommentar, Art. 4 Rom I-VO, Rn. 16; *Ringe*, in: juris-PK, BGB-Kommentar, Art. 4 Rom I-VO, Rn. 2; *Staudinger*, in: Hk-BGB, BGB-Kommentar, Art. 4 Rom I-VO, Rn. 1.

¹³¹ *Hobloch*, in: Erman (Hrsg), BGB-Kommentar, Art. 4 Rom I-VO, Rn. 2; *Magnus*, in: Staudinger, BGB-Kommentar, Art. 4 Rom I-VO, Rn. 17; *Thorn*, in: Rauscher (Hrsg), EuZPR/EuIPR, Art. 4 Rom I-VO, Rn. 19.

¹³² Vgl. Erwägungsgrund 19 Rom I-VO; so auch: *Magnus*, in: Staudinger, BGB-Kommentar, Art. 4 Rom I-VO, Rn. 21; *Martiny*, in: Reithmann/Martiny (Hrsg), Internat. VertragsR, Rn. 2.165; *Ringe*, in: juris-PK, BGB-Kommentar, Art. 4 Rom I-VO, Rn. 12.

¹³³ Vgl. Erwägungsgrund 16 Rom I-VO; so auch: *Brödermann/Wegen*, in: Prütting/Wegen/Weinreich (Hrsg), BGB-Kommentar, Art. 4 Rom I-VO, Rn. 7; *Gebauer*, in: Calliess (Hrsg), Rome Regulations, Art. 4 Rome I, Rn. 2; *Ringe*, in: juris-PK, BGB-Kommentare, Art. 4 Rom I-VO, Rn. 10.

¹³⁴ Das gilt auch für Verträge, die nicht unter Abs. 1 fallen, vgl. Art. 4 Abs. 2 Alt. 1 Rom I-VO.

Rom I-VO.¹³⁵ Das bedeutet, dass die erfolgte Prüfung auch hier zur Anwendung kommt, sodass der gewöhnliche Aufenthalt der künstlichen Intelligenz auch hier am Ort der Hardware ist. Sollte dies jedoch aufgrund einer höheren Sachnähe zu einer anderen Rechtsordnung offensichtlich nicht zu dem „richtigen“ Resultat für die Parteien führen, besteht die Möglichkeit durch Absatz 3 das Recht des Staates anzuwenden, das die engste Verbindung zum Sachverhalt aufweist. Damit wird dem Grundgedanken gefolgt, das Recht mit der größten Sachnähe auf die Verträge anzuwenden.¹³⁶ Dasselbe Prinzip gilt laut Absatz 4 auch bei Verträgen, die weder unter Absatz 1, noch Absatz 2 fallen. Die Beteiligung der KI hat keine Auswirkungen auf die Rechtsverweisung, wenn sie die Dienstleistung empfängt. Im Rahmen des Artikel 4 Rom I-VO ergeben sich also keine neuen Probleme durch die Beteiligung der künstlichen Intelligenz.

D. Weitere Schnittstellen

Allerdings beschränkt sich die Beteiligung der künstlichen Intelligenz an vertraglichen oder gesetzlichen Schuldverhältnissen nicht nur auf Dienstverträge.

I. Abstellen auf gewöhnlichen Aufenthalt

Das internationale Privatrecht bietet auch weitere Schnittstellen mit künstlichen Intelligenzen, deren im Kollisionsfall anzuwendendes Recht sich ebenfalls durch den gewöhnlichen Aufenthalt bestimmt. Das sind sowohl Vorschriften in der Rom I-Verordnung, als auch in der Rom II-Verordnung und dem EGBGB.

Dazu gehören noch einige der in Artikel 4 Abs. 1 Rom I-VO aufgezählten Verträge. Das sind Kauf- (lit. a)¹³⁷, Franchise- (lit. e)¹³⁸ und Vertriebsverträge (lit. f)¹³⁹. Aber auch

¹³⁵ *Brödermann/Wegen*, in: Prütting/Wegen/Weinreich (Hrsg), BGB-Kommentar, Art. 4 Rom I-VO, Rn. 6; *Ferrari*, in: Ferrari/Kieninger/Mankowski/Otte/Saenger/Schulze/Staudinger, Internat. VertragsR, Art. 4 Rom I-VO, Rn. 27; *Magnus*, IPRax 2010, 27 (35); *Mankowski*, IHR 2008, 133 (139 f.).

¹³⁶ *Martiny*, in: MüKo, BGB-Kommentar, Art. 4 Rom I-VO, Rn. 1; *Staudinger*, in: Hk-BGB, BGB-Kommentar, Art. 4 Rom I-VO, Rn. 1; *Thorn*, in: Rauscher, EuZPR/EuIPR, Art. 4 Rom I-VO, Rn. 14.

¹³⁷ Dazu: *Ferrari*, in: Ferrari/Kieninger/Mankowski/Otte/Saenger/Schulze/Staudinger, Art. 4 Rom I-VO, Rn. 17; *Magnus*, in: Staudinger, BGB-Kommentar, Art. 4 Rom I-VO, Rn. 37; *Ringe*, in: juris-PK, BGB-Kommentar, Art. 4 Rom I-VO, Rn. 15; Insbesondere hier geringe Relevanz aufgrund des Vorranges der CISG; vgl. *Gebauer*, in: Calliess (Hrsg), Rome Regulations, Art. 4 Rome I, Rn. 11; *Leible*, in: Hüßtege/Mansel (Hrsg), BGB-Kommentar, Art. 4 Rom I-VO, Rn. 19; *Spickhoff*, in: BeckOK, BGB-Kommentar, Art. 4 Rom I-VO, Rn. 7; zur Anknüpfung an den gewöhnlichen Aufenthalt: *Brödermann/Wegen*, in: Prütting/Wegen/Weinreich (Hrsg), BGB-Kommentar, Art. 4 Rom I-VO, Rn. 10; *Leible*, in: Hüßtege/Mansel (Hrsg), BGB-Kommentar, Art. 4 Rom I-VO, Rn. 27; *Magnus*, IPRax 2010, 27 (35); *Mankowski*, IHR 2008, 133 (139 f.).

¹³⁸ Dazu: *Hobloch*, in: Erman (Hrsg), BGB-Kommentar, Art. 4 Rom I-VO, Rn. 26; *Leible*, in: Hüßtege/Mansel (Hrsg), BGB-Kommentar, Art. 4 Rom I-VO, Rn. 44; *Thorn*, in: Rauscher (Hrsg), EuZPR/EuIPR, Art. 4 Rom I-VO, Rn. 57a; zur Anknüpfung an den gewöhnlichen Aufenthalt: *Brödermann/Wegen*, in: Prütting/Wegen/Weinreich (Hrsg), BGB-Kommentar, Art. 4 Rom I-VO, Rn. 14; *Leible*, in: Hüßtege/Mansel (Hrsg), BGB-Kommentar, Art. 4 Rom I-VO, Rn. 45.

¹³⁹ Dazu: *Magnus*, in: Staudinger, BGB-Kommentar, Art. 4 Rom I-VO, Rn. 71; *ders.*, IPRax 2010, 27 (36); *Ringe*, in: juris-Pk, BGB-Kommentar, Art. 4 Rom I-VO, Rn. 36; Zur Anknüpfung an den

bei Güterbeförderungsverträgen gemäß Artikel 5 Abs. 1 S. 1 Rom I-VO wird auf den gewöhnlichen Aufenthalt abgestellt.¹⁴⁰ In der Rom II-Verordnung zählen dazu die unerlaubte Handlung nach Artikel 4 Abs. 2 Rom II-VO,¹⁴¹ die Produkthaftung nach Artikel 5 Abs. 1 lit. a) und S. 2 Rom II-VO,¹⁴² die ungerechtfertigte Bereicherung gemäß Artikel 10 Abs. 2 Rom II-VO¹⁴³ sowie die Geschäftsführung ohne Auftrag gemäß Art. 11 Abs. 2 Rom II-VO¹⁴⁴ und das Verschulden bei Vertragsverhandlungen nach Art. 12 Abs. 2 lit. b) Rom II-VO¹⁴⁵. Die Bestimmung des gewöhnlichen Aufenthalts erfolgt bei der Rom II-Verordnung durch Artikel 23 Rom II-VO, der allerdings im Wesentlichen dem Artikel 19 Rom I-VO entspricht.¹⁴⁶ Dadurch lässt sich die oben erfolgte Prüfung auch in diesen Fällen anwenden, in denen die KI als die Partei auftritt, auf die abgestellt wird. Ansonsten gilt auch hier, dass die Beteiligung der KI keine Auswirkungen auf die Rechtsfindung hat, wenn sie lediglich als die andere Partei auftritt. Das gilt aufgrund der einheitlichen Auslegung des gewöhnlichen Aufenthalts in gleicherweise auch für die Artikel 8, 40 Abs. 2 und 41 EGBGB.¹⁴⁷

gewöhnlichen Aufenthalt: *Brödermann/Wegen*, in: Prütting/Wegen/Weinreich (Hrsg), BGB-Kommentar, Art. 4 Rom I-VO, Rn. 15; *Leible*, in: Hüfstege/Mansel (Hrsg), BGB-Kommentar, Art. 4 Rom I-VO, Rn. 48.

¹⁴⁰ Zu Güterbeförderungsverträgen: *Mankowski*, in: Reithmann/Martiny (Hrsg), Internat. VertragsR, Rn. 6.1831; *Martiny*, in: MüKo, BGB-Kommentar, Art. 5 Rom I-VO, Rn. 8; zur Anknüpfung an den gewöhnlichen Aufenthalt: *Leible*, in: Hüfstege/Mansel (Hrsg), BGB-Kommentar, Art. 5 Rom I-VO, Rn. 21; *Martiny*, in: MüKo, BGB-Kommentar, Art. 5 Rom I-VO, Rn. 15; *Staudinger*, in: Hk-BGB, BGB-Kommentar, Art. 5 Rom I-VO, Rn. 8.

¹⁴¹ *Junker*, in: MüKo, BGB-Kommentar, Art. 4 Rom II-VO, Rn. 5; *Lehmann*, in: Hüfstege/Mansel (Hrsg), BGB-Kommentar, Art. 4 Rom II-VO, Rn. 4; *von Hein*, in: Calliess (Hrsg), Rome Regulations, Art. 4 Rome II, Rn. 26.

¹⁴² Dazu: *Hohloch*, in: Erman (Hrsg), BGB-Kommentar, Art. 5 Rom II-VO, Rn. 13; *Lund*, in: juris-PK, BGB-Kommentar, Art. 5 Rom II-VO, Rn. 29.

¹⁴³ Zum Begriff ungerechtfertigter Bereicherung: *Backmann*, in: juris-PK, BGB-Kommentar, Art. 10 Rom II-VO, Rn. 6f.; *Spickhoff*, in: BeckOk, BGB-Kommentar, Art. 10 Rom I-VO, Rn. 3; zur Anknüpfung an den gewöhnlichen Aufenthalt: *Dörner*, in: Hk-BGB, BGB-Kommentar, Art. 10 Rom II-VO, Rn. 8; *Junker*, in: MüKo, BGB, BGB-Kommentar, Art. 4 Rom I-VO, Rn. 27.

¹⁴⁴ Zum Begriff der GoA: *Backmann*, in: juris-PK, BGB-Kommentar, Art. 11 Rom II-VO, Rn. 6; *Junker*, in: MüKo, BGB-Kommentar, Art. 11 Rom II-VO, Rn. 9 f.; zur Anknüpfung an den gewöhnlichen Aufenthalt: *Dörner*, in: Hk-BGB, BGB-Kommentar, Art. 11, Rom II-VO, Rn. 4; *Hohloch*, in: Erman (Hrsg), BGB-Kommentar, Art. 11 Rom II-VO, Rn. 2.

¹⁴⁵ Zum Begriff der *cic*: *Budzikiewicz*, in: Hüfstege/Mansel (Hrsg), BGB-Kommentar, Art. 12 Rom II-VO, Rn. 17; *Jakob/Picht*, in: Rauscher (Hrsg), EuZPR/EuIPR, Art. 12 Rom II-VO, Rn. 1 ff.; zur Anknüpfung an den gewöhnlichen Aufenthalt: *Hohloch*, in: Erman (Hrsg), BGB-Kommentar, Art. 12 Rom II-VO, Rn. 9a; *Schinkels*, in: Calliess (Hrsg), Rome Regulations, Art. 12 Rome II, Rn. 27 f.

¹⁴⁶ *Hohloch*, in: Erman (Hrsg), BGB-Kommentar, Art. 4 Rom II-VO, Rn. 15; *Junker*, in: MüKo, BGB-Kommentar, Art. 23 Rn. 6; *Spickhoff*, in: BeckOK, BGB-Kommentar, Art. 4 Rom II-VO, Rn. 11.

¹⁴⁷ Zu Art. 8 EGBGB: *Töne*, IHR 2017, 141 ff.; zum gewöhnlichen Aufenthalt: wie bei Rom I, vgl. *Hohloch*, in: Erman (Hrsg), BGB-Kommentar, Art. 8 EGBGB, Rn. 32; Zu Art. 40 EGBGB: *Wurmnest*, in: juris-PK, BGB-Kommentar, Art. 40 EGBGB Rn. 8; zum gewöhnlichen Aufenthalt: wie bei Rom I-VO, vgl. *Spickhoff*, in: BeckOk, BGB-Kommentar, Art. 40 EGBGB, Rn. 33; Zu Artikel 41: *Dörner*, in: Hk-BGB, BGB-Kommentar, Art. 41 EGBGB, Rn. 1 ff.; zum gewöhnlichen Aufenthalt: wie bei Art 40, also wie bei Rom I-VO, vgl. *Schaub*, in: Prütting/Wegen/Weinreich (Hrsg), BGB-Kommentar, Art. 41 EGBGB, Rn. 6.

II. Abstellen auf den Handlungsort

Einige Vorschriften stellen für die Bestimmung des anzuwendenden Rechts auf den Ort ab, an dem eine bestimmte Handlung vorgenommen wurde. Dazu gehören Artikel 39 Abs. 1 EGBGB, Artikel 40 Abs. 1 EGBGB und Artikel 8 Abs. 2 Rom II-VO, sowie Artikel 11 Abs. 3 Rom II-VO. Wie bereits erwähnt, ist eine KI ein Programm, das mithilfe von Algorithmen Entscheidungen trifft.¹⁴⁸ Handlungen werden also aufgrund von Algorithmen vorgenommen und durch sie und die Hardware ausgeführt.¹⁴⁹ Der Handlungsort entspricht somit dem gewöhnlichen Aufenthalt der künstlichen Intelligenz, sodass die Prüfung auch hier entsprechend anzuwenden ist.

III. Abstellen auf andere Anknüpfungspunkte

Zuletzt gibt es auch Normen, die in ihrer Regelung zur Rechtsfindung an Punkte anknüpfen, die unabhängig von der künstlichen Intelligenz sind. Davon lassen sich unterschiedliche Gruppen ausmachen.

1. *Schutzwürdige Partei*

Zunächst stellt das internationale Privatrecht an einigen Stellen auf die schwächere Partei ab, um diese zu schützen.

a) *Rom I-Verordnung*

Dazu gehören im Rahmen der Rom I-Verordnung insbesondere die Personenbeförderungsverträge nach Artikel 5 Abs. 2 UAbs. 1 Rom I-VO und die Verbraucherverträge nach Artikel 6 Abs. 1 Rom I-VO. In den beiden Fällen kommt es für das anzuwendende Recht auf eine schwächere Partei¹⁵⁰ an, die nur eine natürliche Person sein kann.¹⁵¹ Daher ist es in diesen Fällen irrelevant, ob eine KI in den Vertrag involviert ist. In ähnlicher Weise ist der Individualarbeitsvertrag gemäß Artikel 8 Abs. 2 Rom I-VO zu handhaben. Die Auslegung des Begriffes erfolgt europäisch-autonom.¹⁵² Hilfsweise

¹⁴⁸ S. o.: Punkt C. II. 1. c) aa) (3).

¹⁴⁹ *Grumm/Sommer*, Informatik, 18, 63, 75 ff., 315 ff.

¹⁵⁰ Zu Personenbeförderungsverträgen: Erwägungsgrund 32 Rom I-VO; *Magnus*, in: Staudinger, BGB-Kommentar, Art. 5 Rom I-VO, Rn. 3; *Remien*, in: Prütting/Wegen/Weinreich (Hrsg), BGB-Kommentar, Art. 5 Rom I-VO, Rn. 5; Zu Verbraucherverträgen: Erwägungsgrund 23 Rom I-VO; *Martiny*, in: MüKo, BGB-Kommentar, Art. 6 Rom I-VO, Rn. 1; *Staudinger*, in: Ferrari/Kieninger/Mankowski/Otte/Saenger/Schulze/Staudinger, BGB-Kommentar, Art. 6 Rom I-VO, Rn. 1.

¹⁵¹ Zu Personenbeförderungsverträgen: *Mankowski*, in: Reithmann/Martiny (Hrsg), Internat. VertragsR, Rn. 6.1870; *Ringe*, in: juris-PK, BGB-Kommentar, Art. 6 Rom I-VO, Rn. 39; Zu Verbraucherverträgen: *Calliess*, in: Calliess (Hrsg), Rome Regulations, Art. 6 Rome I, Rn. 30; *Remien*, in: Prütting/Wegen/Weinreich (Hrsg), BGB-Kommentar, Art. 6 Rom I-VO, Rn. 3.

¹⁵² *Magnus*, in: Staudinger, BGB-Kommentar, Art. 8 Rom I-VO, Rn. 36; *Martiny*, in: MüKo, BGB-Kommentar, Art. 8 Rom I-VO, Rn. 19.

kann dafür die EuGH-Rechtsprechung zu Artikel 45 AEUV herangezogen werden.¹⁵³ Laut dieser handelt es sich bei einem Arbeitsvertrag gemäß Artikel 45 AEUV um einen Vertrag, bei dem Leistungen für einen anderen über eine bestimmte Dauer weisungsgebunden und gegen Entgelt erbracht werden.¹⁵⁴ Begünstigte der Norm sind Unionsbürger, also gemäß Artikel 20 Abs. 1 S. 2 AEUV Staatsangehörige eines Mitgliedstaates der EU.¹⁵⁵ Das sind natürliche Personen, die dadurch einem Staat zugeordnet werden.¹⁵⁶ Daraus ergibt sich, dass KIs nicht Arbeitnehmer sein können und somit die Beteiligung der KI auch hier keine Rolle spielt.

b) Rom II-Verordnung

Die Rom II-Verordnung stellt auf die schwächere Partei bei der Produkthaftung nach Artikel 5 Abs. 1 S. 1 lit. b) Rom II-VO¹⁵⁷ und bei Verletzungen des geistigen Eigentums gemäß Artikel 8 Abs. 1 Rom I-VO¹⁵⁸ ab. In diesen Fällen soll das Recht des Staates Anwendung finden, indem die geschädigte Partei sich vermutlich auskennt.¹⁵⁹ Das bedeutet, dass sich das anzuwendende Recht durch Parteivortrag oder anhand des Erwerbssortes bestimmt. In beiden Fällen kann das Recht anhand der KI ermittelt werden, wenn auf diese abgestellt wird.

¹⁵³ *Doehner*, in: Hüfstege/Mansel (Hrsg), BGB-Kommentar, Art. 8 Rom I-VO, Rn. 6; *Staudinger*, in: Ferrari/Kieninger/Mankowski/Otte/Saenger/Schulze/Staudinger, BGB-Kommentar, Art. 8 Rom I-VO, Rn. 10; *von Hein*, in: Rauscher (Hrsg), EuZPR/EuIPR, Art. 8 Rom I-VO, Rn. 18.

¹⁵⁴ Vgl. EuGH Rs. 66/85, *Lawrie-Blum*, Slg 1986, 2121, Rn. 16; EuGH 138/02, *Collins*, Slg 2004, I-2703, Rn. 26; EuGH Rs. 456/02, *Trojani*, Slg 2004, I-7573, Rn. 15; EuGH Rs. 94/07, *Raccanelli*, Slg 2008, I-5939, Rn. 33; *Schneider/Wunderlich*, in: Schwarze (Hrsg), EU-Kommentar, Art. 45 AEUV, Rn. 10.

¹⁵⁵ *Pache*, in: Schulze/Zuleeg/Kadelbach (Hrsg), Europarecht, § 10, Rn. 106; *Schneider/Wunderlich*, in: Schwarze (Hrsg), EU-Kommentar, Art. 45 AEUV, Rn. 21.

¹⁵⁶ *Giegerich*, in: Schulze/Zuleeg/Kadelbach (Hrsg), Europarecht, § 10, Rn. 29; *Hatje*, in: Schwarze (Hrsg), EU-Kommentar, Art. 20 AEUV, Rn. 11, so auch zum IPR: *Bausback*, in: Staudinger, BGB-Kommentar, Art. 5 EGBGB, Rn. 4.

¹⁵⁷ Dazu: *Lund*, in: juris-PK, BGB-Kommentar, Art. 8 Rom II-VO, Rn. 8; *Pabst*, in: Rauscher (Hrsg), EuZPR/EuIPR, Art. 5 Rom II-VO, Rn. 32 f.

¹⁵⁸ Vgl. Erwägungsgrund 26 Rom II-VO; *De la Durantaye*, in: Calliess (Hrsg), Rome Regulations, Art. 8 Rome II, Rn. 6; *Schaub*, in: Prütting/Wegen/Weinreich (Hrsg), BGB-Kommentar, Art. 8 Rom II-VO, Rn. 2.

¹⁵⁹ Zu Artikel 5 Rom II-VO: *Hobloch*, in: Erman (Hrsg), BGB-Kommentar, Art. 5 Rom II-VO, Rn. 11; Zu Artikel 8 Rom II-VO: *Heinze*, in: juris-PK, BGB-Kommentar, Art. 8 Rom II-VO, Rn. 30.

2. Erfolgsort

Bei der unerlaubten Handlung nach Artikel 4 Abs. 1 Rom II-VO,¹⁶⁰ bei der Produkthaftung nach Artikel 5 Abs. 1 S. 1 lit. c) Rom II-VO,¹⁶¹ bei unlauterem Wettbewerb gemäß Artikel 6 Abs. 1 Rom II-VO¹⁶² und bei Umweltschädigungen nach Artikel 7 Rom II-VO¹⁶³ stellt das internationale Privatrecht hingegen für die Rechtsfindung auf den Erfolgsort ab.¹⁶⁴ Gleiches gilt auch für die Artikel 10 Abs. 3 und 12 Abs. 2 lit. a) Rom II-VO.¹⁶⁵ Dieser lässt sich unabhängig von der künstlichen Intelligenz bestimmen, sodass sich in diesen Fällen auch keine Probleme durch die Beteiligung der KI ergeben.

3. Rechtsverhältnis

In einigen Vorschriften knüpft das IPR die Rechtsfindung an das zugrundeliegende Rechtsverhältnis. Darunter fallen die ungerechtfertigte Bereicherung nach Artikel 10 Abs. 1 Rom II-VO¹⁶⁶, die Geschäftsführung ohne Auftrag gemäß Artikel 11 Abs. 1 Rom II-VO¹⁶⁷ und das Verschulden bei Vertragsverhandlungen nach Artikel 12 Abs. 1 Rom II-VO¹⁶⁸. Dadurch, dass das anzuwendende Recht durch das jeweilige Rechtsverhältnis bestimmt wird, kommt es zumindest im ersten Schritt zu keinen Problemen, wenn eine der Parteien eine KI ist. Die Findung des Rechtsverhältnisses erfolgt dann durch die Rom I-Verordnung, sodass auf die dortigen Rechtsfolgen verwiesen werden kann.

¹⁶⁰ Dazu: *Lehmann*, in: Hüßtege/Mansel (Hrsg), BGB-Kommentar, Art. 4 Rom II-VO, Rn. 30 ff.; *Spickhoff*, in: BeckOk, BGB-Kommentar, Art. 4 Rom II-VO, Rn. 3.

¹⁶¹ Dazu: *Lund*, in: juris-PK, BGB-Kommentar, Art. 8 Rom II-VO, Rn. 8; *Pabst*, in: Rauscher (Hrsg), EuZPR/EuIPR, Art. 5 Rom II-VO, Rn. 32 f.

¹⁶² *Augenhofer*, in: Calliess (Hrsg), Rome Regulations, Art. 6 Rome II, Rn. 10; *Weller*, in: Hüßtege/Mansel (Hrsg), BGB-Kommentar, Art. 6 Rom II-VO, Rn. 5.

¹⁶³ Vgl. Erwägungsgrund 24 Rom II-VO; *Junker*, in: MüKo, BGB-Kommentar, Art. 7 Rom II-VO, Rn. 10; *Thorn*, in: Palandt, BGB-Kommentar, Art. 7 Rom II-VO, Rn. 2.

¹⁶⁴ Zu Artikel 4 Rom II-VO: *Unberath/Cziupka/Pabst*, in: Rauscher (Hrsg), EuZPR/EuIPR, Art. 4 Rom II-VO, Rn. 34; Zu Artikel 5 Rom II-VO: *Hobloch*, in: Erman (Hrsg), BGB-Kommentar, Art. 5 Rom II-VO, Rn. 10 ff.; Zu Artikel 6: *Lund*, in: juris-PK, BGB-Kommentar, Art. 6 Rom II-VO, Rn. 27; Zu Artikel 7: *Junker*, in: MüKo, BGB-Kommentar, Art. 7 Rom II-VO, Rn. 20.

¹⁶⁵ *Limbach*, in: Hüßtege/Mansel (Hrsg), BGB-Kommentar, Art. 10 Rom II-VO, Rn. 25; *Backmann*, in: juris-PK, BGB-Kommentar, Art. 12 Rom II-VO, Rn. 20.

¹⁶⁶ Zur ungerechtfertigten Bereicherung: Fn. 134; zu dem Rechtsverhältnis: *Backmann*, in: juris-PK, BGB-Kommentar, Art. 10 Rom II-VO, Rn. 13; *Hobloch*, in: Erman (Hrsg), BGB-Kommentar, Art. 10 Rom II-VO, Rn. 6 f.

¹⁶⁷ Zur GoA: Fn. 135; zu dem Rechtsverhältnis: *Junker*, in: MüKo, BGB-Kommentar, Art. 11 Rom II-VO, Rn. 12f.; *Limbach*, in: Hüßtege/Mansel (Hrsg), BGB-Kommentar, Art. 11 Rom II-VO, Rn. 10.

¹⁶⁸ Zur *cic*: Fn. 136; zu dem Rechtsverhältnis: *Dörner*, in: Hk-BGB, BGB-Kommentar, Art. 12 Rom II-VO, Rn. 4; *Spickhoff*, in: BeckOK, BGB-Kommentar, Art. 12 Rom II-VO, Rn. 8.

4. Sonstige Anknüpfungspunkte

Die Beteiligung einer künstlichen Intelligenz führt auch in den Fällen des Artikel 4 Abs. 1 lit. c) und h) Rom I-VO zu keinen Problemen, da diese an einen bestimmten Ort zur Rechtsfindung anknüpfen¹⁶⁹, der sich auch unabhängig von der künstlichen Intelligenz bestimmen lässt.

E. Schlussbetrachtung

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass es einige Schnittstellen zwischen dem internationalen Privatrecht und künstlichen Intelligenzen gibt und geben kann. Aus der bisherigen Analyse ergibt sich, dass insbesondere Probleme in dem Bereich der Rechtsfähigkeit und damit zusammenhängend, dem gewöhnlichen Aufenthalt einer künstlichen Intelligenz auftreten. Auch der Handlungsort einer künstlichen Intelligenz stellt das IPR vor Schwierigkeiten, allerdings kommt dieser dem gewöhnlichen Aufenthalt gleich. In der aktuellen und noch andauernden Zeit der Automatisierung können diese Probleme durch das IPR gelöst werden, indem auf die Person hinter der künstlichen Intelligenz zurückgegriffen wird. Damit benötigt das IPR in der näheren Zukunft keine Änderung. Schafft es die europäische Union innerhalb dieser Zeit einen Leitkompass für den Umgang mit künstlichen Intelligenzen zu erstellen und ihnen zu Rechtsfähigkeit zu verhelfen, kann durch die Subsumtion unter den Begriff der juristischen Personen der Entstehung einer Regelungslücke auf lange Sicht entgegengetreten werden. Dadurch wäre das internationale Privatrecht dann auch für die ferne Zukunft gewappnet. Folglich ist die Frage, ob das IPR zukünftig ein Update braucht, noch nicht abschließend geklärt.

¹⁶⁹ Zu lit. c): *Martiny*, in: Reithmann/Martiny (Hrsg), Internat. VertragsR, Rn. 2.149 f.; Zu lit. h): *Magnus*, in: Staudinger, BGB-Kommentar, Art. 4 Rom I-VO, Rn. 89.

SCHRIFTTUM

- Andelfinger*, Volker P./*Hänisch*, Till (Hrsg.), *Industrie 4.0*, Wiesbaden 2017.
- Bamberger*, Heinz Georg/*Roth*, Herbert/*Hau*, Wolfgang/*Poseck*, Roman (Hrsg.), Beck'scher Onlinekommentar, 48. Edition, München 2018.
- Beck*, Susanne, Über Sinn und Unsinn von Statusfragen – zu Vor- und Nachteilen der Einführung einer elektronischen Person, 239-260 in: Hilgendorf, Eric/Günther, Jan-Philip (Hrsg.), *Robotik und Gesetzgebung*, Baden-Baden 2013.
- Bull*, Hans Peter, *Sinn und Unsinn des Datenschutzes*, Tübingen 2015.
- Calliess*, Graf-Peter (Hrsg.), *Rome Regulations*, 2. Edition, Alphen aan den Rijn 2015.
- Chollet*, François, *Deep Learning mit Python und Keras: das Praxis-Handbuch*, Frechen 2018.
- Deckert*, Ronald, *Digitalisierung und Industrie 4.0*, Wiesbaden 2019.
- Dotzler*, Bernhard J., Down-to-earth resolutions, 39-54 in: Engemann, Christoph/Sudmann, Andreas (Hrsg.), *Machine Learning – Medien, Infrastrukturen und Technologien der künstlichen Intelligenz*, Bielefeld 2018.
- Dutta*, Anatol, Succession and Wills in the Conflict of Laws on the Eve of Europeanisation, *Rabels Zeitschrift* 73 (2009), 547-606.
- Eberl*, Ulrich, Was ist künstliche Intelligenz – Was kann sie leisten?, *Aus Politik und Zeitgeschichte* 2018, 8-14.
- Erman*, Walter, *BGB Kommentar*, Band 2, 15. Auflage, Köln 2017.
- Ertel*, Wolfgang, *Grundkurs Künstliche Intelligenz*, 4. Auflage, Wiesbaden 2016.
- Ferrari*, Franco/*Kieninger*, Eva/*Mankowski*, Peter/*Otte*, Karsten/*Saenger*, Ingo/*Schulze*, Götz/*Staudinger*, Ansgar, *Internationales Vertragsrecht*, 3. Auflage, München 2018.
- Frochte*, Jörg, *Maschinelles Lernen*, München 2018.
- Görz*, Günther/*Schneeberger*, Josef/*Schmid*, Ute (Hrsg.), *Handbuch der Künstlichen Intelligenz*, 5. Auflage, München 2014.
- Großfeld*, Bernhard, Die Entwicklung der Anerkennungstheorien im internationalen Gesellschaftsrecht, 199-222 in: Hefermehl, Wolfgang/Gmür, Rudolf/Brox, Hans (Hrsg.), *Festschrift für Harry Westermann zum 65. Geburtstag*, Karlsruhe 1974.
- Zur Geschichte der Anerkennungsproblematik bei Aktiengesellschaften, *Rabels Zeitschrift* 38 (1974), 344-371.
- Gumm*, Heinz-Peter/*Sommer*, Manfred, *Informatik*, Band 1, Berlin/Boston 2016.
- Hanschke*, Inge, *Digitalisierung und Industrie 4.0*, München 2018.
- Herberger*, Maximilian/*Martinek*, Michael/*Rüßmann*, Helmut/*Weth*, Stephan/*Würdinger*, Markus (Hrsg.), *juris Praxiskommentar BGB*, Band 6, 8. Auflage, Saarbrücken 2017.
- Herberger*, Maximilian, „Künstliche Intelligenz“ und Recht, *Neue Juristische Wochenzeitschrift* 2018, 2825-2829.

- Heuermann, Roland/Tomenendal, Matthias/Bressem, Christian* (Hrsg.), Digitalisierung in Bund, Ländern und Gemeinden, Berlin 2018.
- Heun, Sven-Erik/Assion, Simon*, Smart Services: IT- und datenschutzrechtliche Herausforderungen, Betriebs-Berater 2018, 579-584.
- Hilbig-Lugani, Katharina*, Divergenz und Transparenz: Der Begriff des gewöhnlichen Aufenthalts der privat handelnden natürlichen Person im jüngeren EuIPR und EuZVR, Zeitschrift für das Privatrecht der Europäischen Union 2014, 8-16.
- Hüßtege, Rainer/Mansel, Heinz-Peter* (Hrsg.), BGB, Band 6, 2. Auflage, Baden-Baden 2015.
- Junker, Abbo*, Internationales Privatrecht, 2. Auflage, München 2017.
- Internationales Vertragsrecht im Internet, Recht der internationalen Wirtschaft 1999, 809-818.
- Kaplan, Jerry*, Künstliche Intelligenz, Frechen 2017.
- Kegel, Gerhard/Schurig, Klaus*, Internationales Privatrecht, 9. Auflage, München 2004.
- Kersten, Jens*, Mensch und Maschinen, Juristenzeitung 2015, 1-8.
- Kirn, Stefan Müller-Hengstenberg, Claus D.*, Technische und rechtliche Betrachtungen zur Autonomie kooperativ-intelligenter Softwareagenten, Künstliche Intelligenz 2015, 59-74.
- /Weinhardt, Christof (Hrsg.), Künstliche Intelligenz in der Finanzberatung, Wiesbaden 1994.
- Kollmann, Tobias/Schmidt, Holger*, Deutschland 4.0, Wiesbaden 2016.
- Kränzle, Michael*, Heimat als Rechtsbegriff?, Tübingen 2014.
- Kropholler, Jan*, Internationales Privatrecht, 6. Auflage, Tübingen 2006.
- Lämmel, Uwe/Cleve, Jürgen*, Künstliche Intelligenz, 4. Auflage, München 2012.
- Magnus, Ulrich*, Die Rom I-Verordnung, Praxis des Internationalen Privat- und Verfahrensrechts 2010, 27-44.
- Mainzer, Klaus*, Künstliche Intelligenz – Wann übernehmen die Maschinen?, Berlin/Heidelberg 2016.
- Mankowski, Peter*, Das Internet im Internationalen Vertrags- und Deliktsrecht, Rabels Zeitschrift 63 (1999), 203-294.
- Die Rom I-Verordnung – Änderungen im europäischen IPR für Schuldverträge, Internationales Handelsrecht 2008, 133-152.
 - Anmerkung, Juristenzeitung 2009, 958-961.
- Palandt, Otto*, Bürgerliches Gesetzbuch, 77. Auflage, München 2018.
- Patterson, Josh/Gibson, Adam*, Deep Learning, A Practitioner's Approach, Sebastopol 2017.
- Prütting, Hanns/Wegen, Gerhard/Weinreich, Gerd* (Hrsg.), Bürgerliches Gesetzbuch, 13. Auflage, Köln 2018.
- Rauscher, Thomas*, Internationales Privatrecht, 5. Auflage, Heidelberg 2017.
- (Hrsg.), Europäisches Zivilprozess- und Kollisionsrecht, EuZPR/EuIPR, 4. Auflage, Köln 2016.

- Nur ein Not-Sitz des Rechtsverhältnisses, Zum gewöhnlichen Aufenthalt im Personalstatut, 637-650 in: Hilbig-Lugani, Katharina/Jakob, Dominique/Mäsch, Gerald/Reuß, Philipp M./Schmid, Christoph (Hrsg.), Zwischenbilanz: Festschrift für Dagmar Coester-Waltjen, Bielefeld 2015.
- Reithmann*, Christoph/*Martiny*, Dieter (Hrsg.), Internationales Vertragsrecht, 8. Auflage, Köln 2015.
- Rentzsch*, Bettina, Die Zukunft des Personalstatuts im gewöhnlichen Aufenthalt, Zeitschrift für Europäisches Privatrecht 2015, 288-312.
- Rüthers*, Bernd/*Stadler*, Astrid, Allgemeiner Teil des BGB, 19. Auflage, München 2017.
- Säcker*, Franz J./*Rixecker*, Roland/*Oetker*, Hartmut/*Limpert*, Bettina (Hrsg.), Münchener Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch, Band 11, 7. Auflage, München 2018.
- Münchener Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch, Band 12, 7. Auflage, München 2018.
- Schaub*, Renate, Interaktion von Mensch und Maschine, Juristenzeitung 2017, 342-349.
- Schirmer*, Jan-Erik, Rechtsfähige Roboter, Juristenzeitung 2016, 660-666.
- Schulze*, Reiner/*Dörner*, Heinrich/*Ebert*, Ina/*Hoeren*, Thomas/*Kemper*, Rainer/*Saenger*, Ingo/*Scheuch*, Alexander/*Schreiber*, Klaus/*Schulte-Nölke*, Hans/*Staudinger*, Ansgar/*Wiese*, Volker, Bürgerliches Gesetzbuch, Handkommentar, 10. Auflage, Baden-Baden 2019.
- *Zuleeg*, Manfred/*Kadelbach*, Stefan (Hrsg.), Europarecht, 2. Auflage, Baden-Baden 2010.
- Schwarze*, Jürgen (Hrsg.), EU-Kommentar, 3. Auflage, Baden-Baden 2012.
- Seifkes*, Dirk/*Stach*, Heike/*Eulenhöfer*, Peter/*Städtler*, Klaus (Hrsg.), Sozialgeschichte der Informatik, Wiesbaden 1998.
- Specht*, Louisa/*Herold*, Sophie, Roboter als Vertragspartner?, MultiMedia und Recht 2018, 40-44.
- Spindler*, Gerald, Roboter, Automation, künstliche Intelligenz, selbst-steuernde Autos – Braucht das Recht neue Haftungskategorien, Computer und Recht 2015, 766-776.
- Staudinger*, Julius v., Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch, Internationales Vertragsrecht 1, Neubearbeitung 2016, Berlin 2016.
- Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch, Internationales Vertragsrecht 2, Neubearbeitung 2016, Berlin 2016.
- Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch, EGBGB/IPR, Art. 3-6 EGBGB, Neubearbeitung 2013, Berlin 2013.
- Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch, Einleitung zum Internationalen Privatrecht, Neubearbeitung 2012, Berlin 2012.
- Stiernerling*, Oliver, „Künstliche Intelligenz“ – Automatisierung geistiger Arbeit, Big Data und das Internet der Dinge, Computer und Recht 2015, 762-765.

- Teubner*, Gunther, Digitale Rechtssubjekte?, Archiv für die civilistische Praxis 2018, 156-205.
- Töne*, Meik, Die Vollmacht im Internationalen Privatrecht, Internationales Handelsrecht 2017, 141-146.
- Turing*, Alan M., Intelligent Machinery, A heretical Theory, Philosophia Mathematica 1996, Vol.4, Issue 3, 256-260.
- Computing Machinery and Intelligence, Mind 1950, Vol. LIX, Issue 236, 433-460.
- Vogel-Heuser*, Birgit/*Bauernhansl*, Thomas/*ten Hompel*, Michael (Hrsg.), Handbuch Industrie 4.0, Band 4, Berlin 2017.
- von Bar*, Christian/*Mankowski*, Peter, Internationales Privatrecht, Band I, 2. Auflage, München 2003.
- von Hoffmann*, Bernd/*Thorn*, Karsten, Internationales Privatrecht, 9. Auflage, München 2007.
- Wagner*, Rainer M., Industrie 4.0 für die Praxis, Wiesbaden 2018.
- Wank*, Rolf, Die Auslegung von Gesetzen, 6. Auflage, München 2015.
- Wolf*, Thomas/*Strohschen*, Jaqueline-Helena, Digitalisierung: Definition und Reife, Informatik-Spektrum 2018, 56-64.

Beiträge zum Transnationalen Wirtschaftsrecht

(bis Heft 13 erschienen unter dem Titel: Arbeitspapiere aus dem
Institut für Wirtschaftsrecht – ISSN 1619-5388)

ISSN 1612-1368 (print)
ISSN 1868-1778 (elektr.)

Bislang erschienene Hefte

- Heft 100 Ernst-Joachim Mestmäcker, Die Wirtschaftsverfassung der EU im globalen Systemwettbewerb, März 2011, ISBN 978-3-86829-346-3
- Heft 101 Daniel Scharf, Das Komitologieverfahren nach dem Vertrag von Lissabon – Neuerungen und Auswirkungen auf die Gemeinsame Handelspolitik, Dezember 2010, ISBN 978-3-86829-308-1
- Heft 102 Matthias Böttcher, „Clearstream“ – Die Fortschreibung der Essential Facilities-Doktrin im Europäischen Wettbewerbsrecht, Januar 2011, ISBN 978-3-86829-318-0
- Heft 103 Dana Ruddigkeit, Die kartellrechtliche Beurteilung der Kopplungsgeschäfte von *eBay* und *PayPal*, Januar 2011, ISBN 978-3-86829-316-6
- Heft 104 Christian Tietje, Bilaterale Investitionsschutzverträge zwischen EU-Mitgliedstaaten (Intra-EU-BITs) als Herausforderung im Mehrebenen-system des Rechts, Januar 2011, ISBN 978-3-86829-320-3
- Heft 105 Jürgen Bering/Tillmann Rudolf Braun/Ralph Alexander Lorz/Stephan W. Schill/Christian J. Tams/Christian Tietje, General Public International Law and International Investment Law – A Research Sketch on Selected Issues –, März 2011, ISBN 978-3-86829-324-1
- Heft 106 Christoph Benedict/Patrick Fiedler/Richard Happ/Stephan Hobe/Robert Hunter/Lutz Kniprath/Ulrich Klemm/Sabine Konrad/Patricia Nacimiento/Hartmut Paulsen/Markus Perkams/Marie Louise Seelig/Anke Sessler, The Determination of the Nationality of Investors under Investment Protection Treaties, März 2011, ISBN 978-3-86829-341-8
- Heft 107 Christian Tietje, Global Information Law – Some Systemic Thoughts, April 2011, ISBN 978-3-86829-354-8
- Heft 108 Claudia Koch, Incentives to Innovate in the Conflicting Area between EU Competition Law and Intellectual Property Protection – Investigation on the Microsoft Case, April 2011, ISBN 978-3-86829-356-2
- Heft 109 Christian Tietje, Architektur der Weltfinanzordnung, Mai 2011, ISBN 978-3-86829-358-6
- Heft 110 Kai Hennig, Der Schutz geistiger Eigentumsrechte durch internationales Investitionsschutzrecht, Mai 2011, ISBN 978-3-86829-362-3
- Heft 111 Dana Ruddigkeit, Das Financial Stability Board in der internationalen Finanzarchitektur, Juni 2011, ISBN 978-3-86829-369-2

- Heft 112 Beatriz Huarte Melgar/Karsten Nowrot/Wang Yuan, The 2011 Update of the OECD Guidelines for Multinational Enterprises: Balanced Outcome or an Opportunity Missed?, Juni 2011, ISBN 978-3-86829-380-7
- Heft 113 Matthias Müller, Die Besteuerung von Stiftungen im nationalen und grenzüberschreitenden Sachverhalt, Juli 2011, ISBN 978-3-86829-385-2
- Heft 114 Martina Franke, WTO, China – Raw Materials: Ein Beitrag zu fairem Rohstoffhandel?, November 2011, ISBN 978-3-86829-419-4
- Heft 115 Tilman Michael Dralle, Der Fair and Equitable Treatment-Standard im Investitionsschutzrecht am Beispiel des Schiedsspruchs *Glamis Gold v. United States*, Dezember 2011, ISBN 978-3-86829-433-0
- Heft 116 Steffen Herz, Emissionshandel im Luftverkehr: Zwischen EuGH-Entscheidung und völkerrechtlichen Gegenmaßnahmen?, Januar 2012, ISBN 978-3-86829-447-7
- Heft 117 Maria Joswig, Die Geschichte der Kapitalverkehrskontrollen im IWF-Übereinkommen, Februar 2012, ISBN 978-3-86829-451-4
- Heft 118 Christian Pitschas/Hannes Schloemann, WTO Compatibility of the EU Seal Regime: Why Public Morality is Enough (but May not Be Necessary) – The WTO Dispute Settlement Case “European Communities – Measures Prohibiting the Importation and Marketing of Seal Products”, Mai 2012, ISBN 978-3-86829-484-2
- Heft 119 Karl M. Meessen, Auf der Suche nach einem der Wirtschaft gemäßen Wirtschaftsrecht, Mai 2012, ISBN 978-3-86829-488-0
- Heft 120 Christian Tietje, Individualrechte im Menschenrechts- und Investitionsschutzbereich – Kohärenz von Staaten- und Unternehmensverantwortung?, Juni 2012, ISBN 978-3-86829-495-8
- Heft 121 Susen Bielesch, Problemschwerpunkte des Internationalen Insolvenzrechts unter besonderer Berücksichtigung der Durchsetzung eines transnationalen Eigentumsvorbehalts in der Insolvenz des Käufers, Juli 2012, ISBN 978-3-86829-500-9
- Heft 122 Karsten Nowrot, Ein notwendiger „Blick über den Tellerrand“: Zur Ausstrahlungswirkung der Menschenrechte im internationalen Investitionsrecht, August 2012, ISBN 978-3-86829-520-7
- Heft 123 Henrike Landgraf, Das neue Komitologieverfahren der EU: Auswirkungen im EU-Antidumpingrecht, September 2012, ISBN 978-3-86829-518-4
- Heft 124 Constantin Fabricius, Der Technische Regulierungsstandard für Finanzdienstleistungen – Eine kritische Würdigung unter besonderer Berücksichtigung des Art. 290 AEUV, Februar 2013, ISBN 978-3-86829-576-4
- Heft 125 Johannes Rehahn, Regulierung von „Schattenbanken“: Notwendigkeit und Inhalt, April 2013, ISBN 978-3-86829-587-0
- Heft 126 Yuan Wang, Introduction and Comparison of Chinese Arbitration Institutions, Mai 2013, ISBN 978-3-86829-589-4

- Heft 127 Eva Seydewitz, Die Betriebsaufspaltung im nationalen und internationalen Kontext – kritische Würdigung und Gestaltungsüberlegungen, August 2013, ISBN 978-3-86829-616-7
- Heft 128 Karsten Nowrot, Bilaterale Rohstoffpartnerschaften: Betrachtungen zu einem neuen Steuerungsinstrument aus der Perspektive des Europa- und Völkerrechts, September 2013, ISBN 978-3-86829-626-6
- Heft 129 Christian Tietje, Jürgen Bering, Tobias Zuber, Völker- und europarechtliche Zulässigkeit extraterritorialer Anknüpfung einer Finanztransaktionssteuer, März 2014, ISBN 978-3-86829-671-6
- Heft 130 Stephan Madaus, Help for Europe's Zombie Banks? – Open Questions Regarding the Designated Use of the European Bank Resolution Regime, Juli 2014, ISBN 978-3-86829-700-3
- Heft 131 Frank Zeugner, Das WTO Trade Facilitation-Übereinkommen vom 7. Dezember 2013: Hintergrund, Analyse und Einordnung in den Gesamtkontext der Trade Facilitation im internationalen Wirtschaftsrecht, Oktober 2014, ISBN 978-3-86829-735-5
- Heft 132 Joachim Renzikowski, Strafvorschriften gegen Menschenhandel und Zwangsprostitution de lege lata und de lege ferenda, November 2014, ISBN 978-3-86829-739-3
- Heft 133 Konrad Richter, Die Novellierung des InvStG unter besonderer Berücksichtigung des Verhältnisses zum Außensteuergesetz, März 2015, ISBN 978-3-86829-744-7
- Heft 134 Simon René Barth, Regulierung des Derivatehandels nach MiFID II und MiFIR, April 2015, ISBN 978-3-86829-752-2
- Heft 135 Johannes Ungerer, Das europäische IPR auf dem Weg zum Einheitsrecht Ausgewählte Fragen und Probleme, Mai 2015, ISBN 978-3-86829-754-6
- Heft 136 Lina Lorenzoni Escobar, Sustainable Development and International Investment: A legal analysis of the EU's policy from FTAs to CETA, Juni 2015, ISBN 978-3-86829-762-1
- Heft 137 Jona-Marie Winkler, Denial of Justice im internationalen Investitionsschutzrecht: Grundlagen und aktuelle Entwicklungen, September 2015, ISBN 978-3-86829-778-2
- Heft 138 Andrej Lang, Der Europäische Gerichtshof und die Investor-Staat-Streitbeilegung in TTIP und CETA: Zwischen Konfrontation, Konstitutionalisierung und Zurückhaltung, Oktober 2015, ISBN 978-3-86829-790-4
- Heft 139 Vinzenz Sacher, Freihandelsabkommen und WTO-Recht Der Peru-Agricultural Products Fall, Dezember 2015, ISBN 978-3-86829-814-7
- Heft 140 Clemens Wackernagel, The Twilight of the BITs? EU Judicial Proceedings, the Consensual Termination of Intra-EU BITs and Why that Matters for International Law, Januar 2016, ISBN 978-3-86829-820-8
- Heft 141 Christian Tietje/Andrej Lang, Community Interests in World Trade Law, Dezember 2016, ISBN 978-3-86829-874-1
- Heft 142 Michelle Poller, Neuer Sanktionsrahmen bei Kapitalmarktdelikten nach dem aktuellen europäischen Marktmissbrauchsrecht - Europarechtskonformität des 1. Finanzmarktmissbrauchsrichtlinienrahmens, Januar 2017, ISBN 978-3-86829-882-6

2017, ISBN 978-3-86829-876-5

- Heft 143 Katja Gehne/Romulo Brillo, Stabilization Clauses in International Investment Law: Beyond Balancing and Fair and Equitable Treatment, März 2017, ISBN 978-3-86829-885-7
- Heft 144 Kevin Crow/Lina Lorenzoni Escobar, International Corporate Obligations, Human Rights, and the Urbaser Standard: Breaking New Ground?, ISBN 978-3-86829-899-4
- Heft 145 Philipp Stegmann, The Application of the Financial Responsibility Regulation in the Context of the Energy Charter Treaty – Case for Convergence or “Square Peg, Round Hole”?, September 2017, ISBN 978-3-86829-913-7
- Heft 146 Vinzenz Sacher, Neuer Kurs im Umgang mit China? Die Reformvorschläge zum EU-Antidumpingrecht und ihre Vereinbarkeit mit WTO-Recht, Oktober 2017, ISBN 978-3-86829-918-2
- Heft 147 Maike Schäfer, Die Rechtsstellung des Vereinigten Königreiches nach dem Brexit in der WTO: Verfahren, Rechtslage, Herausforderungen, November 2017, ISBN 978-3-86829-924-3
- Heft 148 Miriam Elsholz, Die EU-Verordnung zu Konfliktmineralien Hat die EU die richtigen Schlüsse aus bestehenden Regulierungsansätzen gezogen?, Dezember 2017, ISBN 978-3-86829-926-7
- Heft 149 Andreas Kastl, Brexit - Auswirkungen auf den Europäischen Pass für Banken, April 2018, ISBN 978-3-86829-936-6
- Heft 150 Jona Marie Winkler, Das Verhältnis zwischen Investitionsschiedsgerichten und nationalen Gerichten: Vorläufiger Rechtsschutz und Emergency Arbitrator, April 2018, ISBN 978-3-86829-946-5
- Heft 151 Hrabrin Bachev, Yixian Chen, Jasmin Hansohm, Farhat Jahan, Lina Lorenzoni Escobar, Andrii Mykhailov, Olga Yekimovskaya, Legal and Economic Challenges for Sustainable Food Security in the 21st Century, DAAD and IAMO Summer School, April 2018, ISBN (elektr.) 978-3-86829-948-9
- Heft 152 Robin Misterek, Insiderrechtliche Fragen bei Unternehmensübernahmen Transaktionsbezogene Nutzung und Offenlegung von Insiderinformationen unter der Marktmissbrauchsverordnung, April 2018, ISBN 978-3-86829-949-6
- Heft 153 Christian Tietje, Vinzenz Sacher, The New Anti-Dumping Methodology of the European Union – A Breach of WTO-Law?. Mai 2018, ISBN 978-3-86829-954-0
- Heft 154 Aline Schäfer, Der Report of the Human Rights Council Advisory Committee on the activities of vulture funds and the impact on human rights (A/HRC/33/54): Hintergrund, Entwicklung, Rechtsrahmen sowie kritische völkerrechtliche Analyse, Juni 2018, ISBN 978-3-86829-957-1
- Heft 155 Sabrina Birkner, Der Einwirkungserfolg bei der Marktmanipulation im Kontext nationalen und europäischen Rechts, Juli 2018, ISBN 978-3-86829-960-1

- Heft 156 Andrej Lang, Die Autonomie des Unionsrechts und die Zukunft der Investor-Staat-Streitbeilegung in Europa nach Achmea, Zugleich ein Beitrag zur Dogmatik des Art. 351 AEUV, Juli 2018, ISBN 978-3-86829-962-5
- Heft 157 Valentin Günther, Der Vorschlag der Europäischen Kommission für eine Verordnung zur Schaffung eines Rahmens für die Überprüfung ausländischer Direktinvestitionen in der Europäischen Union – Investitionskontrolle in der Union vor dem Hintergrund kompetenzrechtlicher Fragen, August 2018, ISBN 978-3-86829-965-6
- Heft 158 Philipp Tamblé, Les dispositions sur le droit de la concurrence dans les accords d'intégration régionale, August 2018, ISBN 978-3-86829-967-0
- Heft 159 Georgios Psaroudakis, Proportionality in the BRRD: Planning, Resolvability, Early Intervention, August 2018, ISBN 978-3-86829-969-4
- Heft 160 Friedrich G. Biermann, Wissenszurechnung im Fall der Ad-hoc-Publizität nach Art. 17 MAR, März 2019, ISBN 978-3-86829-987-8
- Heft 161 Leah Wetenkamp, IPR und Digitalisierung. Braucht das internationale Privatrecht ein Update?, April 2019, ISBN 978-3-86829-987-8

Die Hefte 1 bis 99 erhalten Sie als kostenlosen Download unter:

<http://telc.jura.uni-halle.de/de/forschungen-und-publikationen/beitr%C3%A4ge-transnationalen-wirtschaftsrecht>